Studiert den Bericht des Genossen Enver Hoxha Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 48 vom 26. November 1976 10. Jahrgang 50 Pfennig

500 Verletzte und 150 Festnahmen in Brokdorf

Das sollen sie bezahlen!

Kiel, am 16. November: In der Universitätsklinik ringen die Ärzte um das Leben des 27jährigen kommunistischen Werftarbeiters und Roten Betriebsrates von HDW, Genossen Bernd Woitalla. Eine schwere, komplizierte Gehirnoperation. Genosse Bernd wird mit dem Leben davonkommen, hoffen alle. Aber schwere Schäden wird er Jahre, vielleicht sein Leben lang behalten. In einem anderen Krankenhaus kämpft ein Patient gegen eine schwere, lebensgefährliche Lungenerkrankung, die zu einem qualvollen Erstickungstod führen kann. Dies sind zwei von den Hunderten Verletzten der Kämpfe in Brokdorf, Zeugen und Opfer des größten Bürgerkriegseinsatzes und brutalsten Terrors der Polizei und des Bundesgrenzschutzes, den es seit Jahren in der Bundesrepublik gegeben hat. Von der bürgerlichen Presse totgeschwiegen oder verharmlost, dringen erst jetzt mehr Einzelheiten an die Öffentlichkeit.

Es geschieht am Abend des 13. Novembers in Brokdorf. Trotz des Dauerbeschusses von Wasserwerfern, Tränengasgranaten und Rauchbomben, trotz der schwerbewaffneten fünf- oder sechstausend Mann Polizei- und BGS-Truppen, beginnen die Massen der Demonstranten mit dem Sturm auf den mit Wassergräben, Stacheldraht und Stahlgitterzäunen gesicherten Bauplatz des KKW. An der Spitze der Stoßtrupps weht die Fahne der Partei, kämpfen Kommunisten. Unter ihnen ist der Rote Betriebsrat der Kieler Howaldtswerft, Genosse Bernd Woitalla. Eigentlich soll er dort nicht stehen. Denn Bernd ist ungeschützt, er trägt keinen Helm, und es besteht die Anweisung der Partei, daß sich die ungeschützten Demonstranten in der zweiten Linie aufhalten sollen. Doch dann sieht Bernd, wie Polizisten jenseits des Bauzauns Demonstranten aus wenigen Metern Entfernung ihr Kampfgas aus der „Chemischen Keule" mitten ins Gesicht schiessen, sieht, wie die Getroffenen die Hände vor die verätzten Augen, das verbrannte Gesicht schlagen, nicht mehr können.

Bernd hält es nicht länger hinten. Er stürzt nach vorn, um seinen Genossen zu Hilfe zu kommen. Er tut es, obwohl er sieht, wie die Polizei, in ihrer Mischung aus Feigheit, Panik und Haß gegen das Volk, beginnt, nicht nur mit Gas und Rauchbomben zu werfen, sondern auch mit schweren Steinen. Er weiß nicht, daß Polizisten ihn entdeckt haben, der als einziger keinen Helm trägt. Einer von ihnen hebt einen schweren, scharfkantigen Ziegelstein und schleudert ihn, wie Rekonstruktionen der Ärzte beweisen, gezielt und mit voller Wucht Bernd an den Kopf. Bewußtlos bricht Genosse Bernd zusammen. Dem Krankenwagen, der Bernd, der in akuter Lebensgefahr durch einen Kreislaufschock schwebt, in die Klinik bringen soll, wird die Durchfahrt mit Polizeisperren verweigert. Nur auf Schleichwegen gelingt es dem Fahrer des Roten Kreuzes, Bernd zum Krankenhaus zu bringen.



Mit faschistischer Gewalt versucht die Polizei den Kampf der Bevölkerung zu zerschlagen. Das Bild zeigt Demonstranten, auf der Erde liegend, von der Polizei zusammengeknüppelt.

Die Diagnose der Ärzte heißt später: schwerer Schädelbruch. Die Wucht des Steinwurfs hat die Schädeldecke zertrümmert. Knochensplitter sind durch die Gehirnhaut gedrungen, ins Sprachzentrum, haben eine Blutung hervorgerufen. Zugleich sind Sand und Haare mit eingedrungen. Jetzt, nach der Operation, besteht die Hoffnung, daß Bernd durchkommt. Doch er kann nicht mehr zusammenhängend sprechen, keinen klaren Gedanken fassen, hat teilweise das Gedächtnis verloren. Bernd ist verheiratet und hat eine kleinen, 8 Monate alten Sohn. Als seine Frau ihn im Krankenhaus besucht, erkennt er sie mit großer Mühe. Ihren Namen jedoch weiß er nicht mehr ...

Noch sind die Folgen seiner Verletzung nicht abzusehen. Erst müssen die durch Entzündungen hervorgerufenen Schwellungen abklingen. Wenn es gutgeht, kann Bernd in jahrelangem, mühevollen Training wieder sprechen lernen. Es kann jedoch auch sein, daß er sein Leben lang einen schweren Schaden davonträgt, ganz zu schweigen von den heftigen Schmerzen, unter denen er mit Sicherheit über Jahre leiden wird.

Fortsetzung auf Seite 12

Grossveranstaltung zum 7. Parteitag der PAA



Rund 700 Freunde und Genossen besuchten die Großveranstaltung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der KPD/ML in Dortmund. Auf dieser Veranstaltung berichtete Genossin Karin Wagner als Leiterin der Delegation des „Roten Morgen", die auf Einladung von „Zëri i Popullit", Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, am 7. Parteitag der PAA teilgenommen hatte, über den historischen Parteitag der albanischen Kommunisten. Außerdem wurde auf der sehr kämpferischen Veranstaltung der Programmentwurf unserer Partei vorgestellt. Zur Unterstützung der Herausgabe der Werke des Genossen Enver Hoxha in deutscher Sprache im Verlag Roter Morgen wurden weit über 2 000 DM gesammelt. Die Veranstaltung verabschiedete außerdem eine Solidaritätsadresse mit dem Kampf der Kernkraftwerksgegner in Brokdorf.

Urteil im Prozeß gegen den Roten Morgen

Erst 700 DM Geldstrafe - jetzt 4 Monate Gefängnis

Je vier Monate Gefängnis ohne Bewährung, so lautet das Urteil des Dortmunder Landgerichts unter Vorsitz der Richterin Porath gegen Gernot Schubert und Dieter Stoll, den ehemaligen Verleger und Redakteur des „Roten Morgen". Angeklagt waren die „Roten Morgen" Nr. 25 und 26/1974 mit Artikeln zum Tod des Genossen Günter Routhier und zum Polizeiüberfall auf den Trauerzug zu seinen Ehren sowie ein Flugblatt zum gleichen Thema.

In der ersten Instanz waren die beiden Genossen deshalb wegen „Beleidigung" der Duisburger Polizei zu 700 bzw. 750 DM Geldstrafe verurteilt worden. Jetzt, ein Jahr später, verhängte das Dortmunder Gericht wegen der gleichen Artikel vier Monate Gefängnis ohne Bewährung wegen Beleidigung, „Verächtlichmachung" des Staates und „Volksverhetzung". Außerdem bestätigte das Gericht das Urteil der ersten Instanz wegen des Extrablatts des „Roten Morgen" zum Polizeiüberfall auf den Trauerzug und verhängte gegen die ebenfalls angeklagte Genossin Karin Wagner eine Geldstrafe von 1 800 DM. Gleichzeitig verfügte das Gericht die Einziehung der angeklagten Ausgaben des „Roten Morgen" und des Extrablattes.

Vor allem die Verurteilung nach dem „Volksverhetzungs"-Paragrafen zeigt in aller Deutlichkeit, worum es bei diesem Prozeß ging. „Volksverhetzung" – aufgrund dieses Paragrafen wurden die Genossen verurteilt, weil in den zwei Ausgaben des „Roten Morgen" und im Flugblatt die Verbrechen der Polizei und ihr Charakter als Gewaltorgan der Kapitalistenklasse entlarvt wurden. Früher hieß dieser Paragraf „Aufreizung zum Klassenkampf". Inzwischen erschien der Bourgeoisie diese Bezeichnung zu deutlich, zeigt sie doch zu offen den politischen Charakter der Prozesse, die aufgrund dieses Paragrafen geführt werden. Daran, daß hier ein politisches Urteil, ein Gesinnungsurteil gefällt wurde, ließ auch der Staatsanwalt keinen Zweifel, der in seinem Plädoyer sagte, daß die Angeklagten „Unwillen säen und damit ihre parteipolitischen Ziele verfolgen" wollten. Er hatte auch ein noch schärferes Urteil gefordert als es

Fortsetzung auf S.7 Sp.2

AUS DEM INHALT

Die Lehren aus dem Kampf in Brokdorf

Der Bauplatz des KKW in Brokdorf konnte zwar trotz des mutigen, militanten Kampfes der Arbeiter, Bauern und Werktätigen Brokdorfs und Tausenden von Demonstranten nicht besetzt werden, ein Erfolg war dieser Kampf trotzdem. Nicht nur wegen der Breschen in den Absperrungen, der zahlreichen einzelnen Siege gegen die Brutalität und den Terror der Polizei- und Bundesgrenzschutztruppen. Denn für die 30 000, die sich am Kampf beteiligten, brachte er vor allem Erfahrungen und Lehren, die von großem Wert für die Zukunft sind.

Denen, die am 13. November in Brokdorf zusammenkamen, ging es um die Verteidigung ihrer unmittelbaren Lebensinteressen: um Luft, die man noch atmen kann, Ackerboden, der sich noch bebauen läßt, eine Elbe, in der Fische noch existieren können. Viele kamen, nicht weil sie gegen diesen Staat, sondern zunächst lediglich gegen Atomkraftwerke waren, die um des Profits einer Handvoll Kapitalisten willen das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung gefährden. Manche schließlich kamen mit Illusionen nach Brokdorf, glaubten, die Kraftwerk-Kapitalisten und den Staatsapparat durch friedliche Demonstrationen, durch „geschliffene Argumente" von ihrem Vorhaben abbringen zu können.

Die zehn Stunden, die dann folgten, ließen Tausende von ihnen mehr über die kapitalistische Ausbeuterordnung, über ihren Staatsapparat und über die Notwendigkeit der revolutionären Gewalt lernen und erfahren, als es sonst Jahre vermocht hätten. Der kapitalistische Staatsapparat, seine Polizei und seine konterrevolutionären Truppen reagierten mit brutaler Gewalt und unglaublichem Terror. Unter den Schlägen der Polizeiknüppel, unter dem Dauerbeschuß von Tränengasgranaten, Rauchbomben und Nebelkerzen verschwanden Illusionen. Der Fall der 60jährigen Frau aus Hamburg, von dem berichtet wird, ist kaum ein Einzelfall: Nach Brokdorf gefahren war sie, die noch bei der Bundestagswahl die CDU gewählt hatte, zu friedlichem Protest. Auf dem Heimweg wurde sie von Polizei überfallen, in einen Graben gestoßen und mit Schlagstöcken geprügelt, bis sie blutüberströmt liegen blieb. Später sagte sie: Nein, zur Wahl ginge sie nicht mehr, und daß das, was die Kommunisten machen, richtig und der einzige Weg sei, das habe sie jetzt selbst gesehen.

So erkannten an diesem Tag mehrere tausend Arbeiter und werktätige Menschen, daß sie im Kampf für ihre Lebensinteressen gegen den kapitalistischen Staatsapparat kämpfen müssen, und daß dieser Kampf revolutionär und militant geführt werden muß. Die Lehre, daß auf die konterrevolutionäre Gewalt des Staates die Antwort einzig und allein die revolutionäre Gewalt der Volksmassen sein kann, haben die Erfahrungen von Brokdorf hundertfach bekräftigt.

Und so waren die Pfaffen und die Bonzen der bürgerlichen Parteien mit ihren Predigten des Pazifismus und der Gewaltlosigkeit bereits weitgehend isoliert, bevor sie ihre „Feldgottesdienste" und Kundgebungen noch zu Ende gebracht hatten. Brokdorf ist ein Beispiel, welche Macht und welche Schöpferkraft die Massen der Arbeiter und Bauern entfalten, wenn sie den Weg des revolutionären Kampfes gehen. Diese Macht war es, die praktisch aus dem Nichts Material und Werkzeuge für den Sturm auf den Bauplatz heranschaffte, die Erste Hilfe für die Verletzten organisierte und Bauernhöfe in Notkrankenstationen verwandelte. Der Kampf – das Werk einer Handvoll „Chaoten"? Das ist eine Propagandalüge der Bourgeoisie. Gewiß waren Kommunisten an der Spitze der Kämpfe, waren Kommunisten, war die Partei die organisierende Kraft, die nicht nur für den Angriff, sondern auch zum geordneten Rückzug die Initiative ergriff und ihn organisierte. Aber niemals hätten die Demonstrationen und Kampfaktionen die Breite und Stärke erreicht, wenn sie nicht von Tausenden und Abertausenden unterstützt worden wären, wenn es nicht die große kämpferische Solidarität der dort ansässigen Bauern und Werktätigen mit den Kämpfern gegeben hätte.

Was jedoch die Bourgeoisie und ihren staatlichen Unterdrückungsapparat betrifft, hat Brokdorf eines deutlich gemacht: daß sie, sobald die Idee des revolutionären Kampfes die Massen ergreift und diese militant kämpfen, bereit ist, bis zum Äußersten zu gehen. Sie hat zu diesem Zweck ein immenses Bürgerkriegsheer von Polizei, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr gegen das Volk aufgebaut und wird es zur Verteidigung ihrer Klassenherrschaft ohne zu zögern und rücksichtslos einsetzen. Und das um so mehr, wenn nicht 30 000, sondern Millionen kämpfen, und wenn es nicht mehr nur um die Eroberung eines Bauplatzes, sondern um die Eroberung der Macht im Staat geht. Es gibt nur einen einzigen Weg der Befreiung vom Joch der kapitalistischen Ausbeuterordnung: den Weg der sozialistischen Revolution.

Gegen das Gerangel von Bonn und Washington

Keine Atomkraftwerke für Brasilien!

Auf einer Pressekonferenz hat der neue Häuptling des amerikanischen Imperialismus, Jimmy Carter, die westdeutschen Imperialisten aufgefordert, ihren Atomvertrag mit Brasilien rückgängig zu machen. Carter behauptete, ihn treibe die Sorge um den Frieden. In Wirklichkeit geht es ihm jedoch um die Sicherung des amerikanischen Nuklearmonopols in Brasilien, um die märchenhaften Profite, die damit verbunden sind, um die Sicherung und Erweiterung des amerikanischen Einflusses in diesem Land, das die amerikanischen Imperialisten, wie ganz Lateinamerika, als ihr „Eigentum" betrachten.

Der Atomvertrag zwischen den westdeutschen Imperialisten und dem faschistischen brasilianischen Regime sieht die Lieferung von acht Atomkraftwerken und einer Uranaufbereitungsanlage im Wert von 15 Mrd. DM durch die westdeutschen Imperialisten vor. Als Gegenleistung erhalten sie dafür von den brasilianischen Faschisten Zugang zu den Uranvorkommen in Brasilien, zu deren Prospektierung und Ausbeutung.

Dieser Atomvertrag liegt weder im Interesse der Werktätigen unseres Landes noch im Interesse des brasilianischen Volkes. Er ist daher von unserer Partei von Anfang an entschieden bekämpft worden. Ebenso hat unsere Bruderpartei, die Kommunistische Partei Brasiliens, das brasilianische Volk zum Kampf gegen den Atomvertrag und seine Folgen, gegen die faschistische Diktatur und den westdeutschen Imperialismus aufgerufen. Sie hat erklärt: **„Der Atomvertrag ist ein Verbrechen gegen unser Volk und unser Land."**

Nach den amerikanischen Imperialisten sind die westdeutschen Imperialisten schon jetzt die größten Ausbeuter, die dem brasilianischen Volk im Nacken sitzen. Der Atomvertrag legt fest, daß die Produktion von Kernenergie in den neuen Atomkraftwerken fest in der Hand des westdeutschen Kapitals liegen soll. Die westdeutschen Imperialisten verstärken also ihren Einfluß in diesem Land und das bedeutet nichts anderes als größere Abhängigkeit Brasiliens von den westdeutschen Imperialisten, stärkere Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes. Der Atomvertrag ist auch deshalb versklavend, weil das faschistische Regime mit seiner Unterzeichnung zugleich dem Ausverkauf des brasilianischen Uranerzes an die westdeutschen Imperialisten zugestimmt hat, weil die von den Atomkraftwerken gelieferte Energie lediglich den ausländischen Monopolen zugute kommt, die in Brasilien Produktionsstätten errichtet haben und das Volk aussaugen, weil die Entwicklung einer nationalen Industrie, einer nationalen Energieversorgung noch mehr als jetzt schon blockiert wird.

„Es gibt aber noch viel schlimmere Folgen des Atomvertrages", heißt es in einer Erklärung der KP Brasiliens. Nämlich, **„daß mit Hilfe eines solch kostspieligen und antipatriotischen Projekts die Bedingungen geschaffen werden sollen, die die Herstellung der Atombombe ermöglichen."** Die Atombombe, heißt es in der Erklärung weiter, „wird als Instrument des Einflusses und der Macht auf internationaler Ebene im Dienst der in- und ausländischen Reaktion benutzt werden; sie richtet sich gegen die Völker unseres Kontinents und dient dem Expansionismus der herrschenden Klassen zur Unterdrückung und Einschüchterung der demokratischen und revolutionären Bewegung in Südamerika; sie bestärkt die faschistische Militärherrschaft, die die Nation so viele Jahre lang unterdrückt hat."

Mit dem Atomvertrag versuchen sich die westdeutschen Imperialisten direkteren Zugang zu Atomwaffen zu verschaffen, ihre Kenntnisse und Fertigkeiten für den Bau der Atombombe zu erweitern und zu entwickeln, um sie in den Dienst ihrer weitgesteckten expansionistischen und aggressiven Ziele zu stellen.

Aus allen diesen Gründen muß der Atomvertrag zwischen den westdeutschen Imperialisten und den brasilianischen Faschisten von allen fortschrittlichen und revolutionären Menschen in unserem Land entschieden bekämpft werden.

Es ist klar, daß der Häuptling der imperialistischen Supermacht USA, Carter, mit dem gerechten Kampf der Werktätigen und des brasilianischen Volkes nichts gemein hat. Ihm geht es mit seiner Erklärung darum, einen lästigen imperialistischen Konkurrenten in die Knie zu zwingen und das Atommonopol, das die amerikanischen Imperialisten für sich in Anspruch nehmen, aufrechtzuerhalten. Deshalb die Erklärung und deshalb auch die damit verbundene Drohung, andere als „diplomatische" Mittel anzuwenden, wenn diese keinen Erfolg haben sollten. So zeigte die Erklärung Carters die häßliche Fratze des amerikanischen Imperialismus, der die ganze Welt unter seinem Stiefel haben will, der die Völker unterjocht und ausplündert und sogar seine imperialistischen „Verbündeten" und „Freunde" unter Druck setzt, wenn sie ihm in die Quere kommen.

Kurz berichtet

HAMBURG

Am 13. November kämpften in Brokdorf auch die Roten Pioniere aus Hamburg zum erstenmal an der Seite der Partei. Es war zugleich ihr erster öffentlicher Auftritt. Sie berichten:

„Während die Erwachsenen versuchten, das Kernkraftwerk zu stürmen, verteilten wir 500 Flugblätter, hundert ältere „Rote-Garde-Zeitungen" und verkauften einen „Roten Morgen". Als wir auf dem Versammlungsplatz verteilten, riß eine Frau vom KB einem von uns einen Stapel Flugblätter aus der Hand und sagte: ‚Ich helfe Dir.' Unser verdutzter Genosse konnte sich nicht wehren. Anschließend warf die Frau die Flugblätter in ein Feuer. – Und das wollen Kommunisten sein?

Später beobachteten wir aus einiger Entfernung, wie viele tausend Menschen versuchten, den Bauplatz des Kernkraftwerkes zu stürmen. Wir bewunderten den Mut unserer Genossen, die ganz vorne dabei waren. Als wir bald darauf allein auf einer Wiese standen, hätte uns beinahe eine Tränengasgranate getroffen, mit der die Polizisten offensichtlich auf uns gezielt hatten.

Als wir um ca. 16 Uhr zurück zum Wagen wollten, versperrten uns hundert Polizisten und ein Wasserwerfer den Weg. Doch wir verschwanden über Wiesen und Gräben.

Rot Front! Rote Pioniere Hamburg."

DUISBURG

Am 19. 11. fand in Duisburg eine Veranstaltung der Ortsgruppe der Partei anläßlich des 7. Parteitages und des 35. Gründungstages der Partei der Arbeit Albaniens statt. Unter den Teilnehmern, darunter vielen, die zum erstenmal eine Veranstaltung der KPD/ML besuchten, herrschte eine begeisterte und kämpferische Stimmung, insbesondere, als der Redner der Partei über die internationale Bedeutung des Berichts des Genossen Enver Hoxha im Kampf gegen den modernen Revisionismus und bestimmte opportunistische Strömungen sprach. Eine kleine Vertreterin der Duisburger Roten Pioniere las ein Gedicht vor. Außerdem wurden Fotos vom 7. Parteitag der PAA gezeigt. Eine Spendensammlung für die Herausgabe der Werke Enver Hoxhas in deutscher Sprache ergab 250 DM.

DORTMUND

Am 17. 11. fand in Dortmund eine Veranstaltung der Partei zum 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens statt. Nachdem ein Genosse der Partei zum Bericht des Genossen Enver Hoxha gesprochen hatte, berichtete Genossin Karin Wagner, die mit einer Delegation der Redaktion des „Roten Morgen" am Parteitag teilgenommen hatte, über die Arbeit des Parteitages und die wichtigsten Eindrücke, die die Delegation dort gewonnen hatte. Es wurde außerdem ein Film der Gesellschaft der Freunde Albaniens über ein albanisches Aktionistenlager gezeigt.

Anschließend berichtete Genosse Dieter Stoll über den Prozeß gegen den „Roten Morgen", in dem er zusammen mit Genossen Gernot Schubert und Karin Wagner angeklagt und zusammen mit Gernot Schubert zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Auf der Veranstaltung, die von rund 60 Genossen und Freunden besucht wurde, wurden über 400 DM für die Partei gespendet.

Offen gesagt ...

Rassismus

Als die Kinder der Dortmunder Wohnsiedlung „Westfalenburg" des Stahlkonzerns Hoesch am 11. November auf ihren Spielplatz kamen, staunten sie über ein großes neues Schild, das dort aufgestellt worden war. Der Text war ausschließlich auf türkisch abgefaßt. Als er jedoch entziffert und übersetzt war, löste er einen Sturm der Empörung bei den Hoesch-Arbeitern und ihren Familien, Eltern ebenso wie Kindern, aus: Der „Wohnungsausschuß" der Hoesch-Wohnungsgesellschaft, zum größten Teil mit Betriebsratsmitgliedern besetzt, verbot darin den Kindern der auf der gegenüberliegenden Straßenseite wohnenden türkischen Hoesch-Kollegen, den Spielplatz weiterhin mit ihren deutschen Spielkameraden gemeinsam zu benutzen!

Hoesch-Betriebsrat Hellmann: „Türkische Kinder verschandeln den Spielplatz, beschädigen ihn und beschmutzen die Wäsche!" Das habe er von Bewohnern der Siedlung. Deshalb habe man sich entschließen müssen, die türkischen Kinder der gegenüberliegenden Siedlung (die ebenfalls der Hoesch-Wohnungsgesellschaft gehört!) vom Spielplatz auszuschließen. Die Betriebsräte im Wohnungsausschuß hatten die Stirn, ihre unglaubliche Diskriminierungsmaßnahme gegen die türkischen Kollegen mit der offenen Lüge zu begründen, die deutschen Arbeiter der Siedlung hätten das verlangt.

Die einhellige Reaktion der Anwohner beider Nationalitäten und der Kollegen bei Hoesch strafte sie Lügen. Sie protestierten geschlossen gegen die Ausschließung der kleinen Türken. Schulklassen schrieben Protestbriefe, Eltern und Kinder organisierten als Protest und zur Demonstration ein großes gemeinsames deutsch-türkisches Kinderfest auf dem Spielplatz. Und was ist mit den angeblichen „massiven Beschwerden der Belegschaft" gegen die gemeinsame Benutzung des Spielplatzes durch deutsche und türkische Kinder? Es ist den Betriebsratsbonzen bis heute nicht gelungen, diese Beschwerden nachzuweisen. Die Mieter der Siedlung sagen, das könnten höchstens drei Mieter gewesen sein. Aber selbst die haben sich nicht gemeldet.

Das Verbotsschild ist nach vier Tagen sang- und klanglos wieder verschwunden. Doch die Sache ist nicht aus der Welt. Die Kollegen haben nicht vergessen, daß es Funktionäre der IG-Metall waren, die dieses üble Geschäft der Spaltung zwischen den deutschen und ausländischen Kollegen betrieben haben und weiter betreiben. Ihnen, den bestochenen Bonzen, ist die gemeinsame Kampffront der deutschen und ausländischen Arbeiter ein Dorn im Auge, und sie schrecken im Kampf dagegen selbst vor der faschistischen Diskriminierung unserer ausländischen Klassenbrüder als „schmutzig", „lärmend", als „Verschandelung" „unserer Wohnsiedlungen" nicht zurück. Sie würden wohl in ihrem Rassismus auch – natürlich „nur auf Druck der Belegschaft" – vorschlagen, den türkischen Kindern einen kleinen roten Flicken mit Halbmond und Stern auf die Kleidung zu heften, wenn es erlaubt wäre, der Praxis vergangener Zeiten so offen nachzueifern.

Daß dieses Pack zwar nicht die Unterstützung der Arbeiterklasse, dafür aber die des Staatsapparates hat, wurde offensichtlich: Auf dem fröhlichen deutsch-türkischen Kinderfest trieben sich laut Presseberichten zwischen den Kindern auch ein paar finstere Gestalten herum – Beamte des 14. Kommissariats, der Politischen Polizei!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Solidarität mit Biermann?

Dem Ostberliner Dichter und Sänger Wolf Biermann wurde die DDR-Staatsbürgerschaft vom Honecker-Regime aberkannt. Damit darf Biermann, der zur Zeit auf Einladung der IG Metall und eines hauptsächlich von Jusos getragenen Initiativkomitees in der Bundesrepublik gastiert, nicht wieder in die DDR zurückreisen. Im Anschluß an diese Maßnahme des sozialfaschistischen Regimes in der DDR hat sich eine sehr breite, um nicht zu sagen verräterisch breite Front der „Solidarität" mit Biermann gebildet. Diese „Solidaritätsfront" reicht in Westdeutschland von der CDU/CSU und den anderen Bonner Parteien über die DGB-Gewerkschaften bis zur GRF(KPD). Offensichtlich ist allerdings, daß auch viele Menschen, die das sozialfaschistische Regime in der DDR hassen, den Sozialismus aber aufrichtig wollen, sich in diese höchst anrüchige Front der Biermann-„Solidarität" eingereiht haben. Der Grund dafür liegt in der Tatsache, daß das politische Programm und die politischen Ziele Biermanns, der sich ja unablässig als „Kommunist" ausgibt und als solcher auch von der Bourgeoisie gefeiert wird, nur wenigen bekannt sind.

„Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht" – diese Feststellung des Genossen Mao Tsetung läßt den Schluß zu, daß es schon ziemlich schlecht um einen angeblichen Kommunisten stehen muß, wenn er von der Bourgeoisie in Westdeutschland so über den grünen Klee gelobt wird wie Biermann. Die bürgerliche Presse in Westdeutschland, einschließlich der von ihm doch so attackierten Springer-Presse, mag über diesen angeblichen Kommunisten kein böses Wort fallen lassen, sondern stilisiert ihn unermüdlich zum aufrechten Helden, zum „wahren Kommunisten" hoch. Das Fernsehen übertrug Biermanns vierstündigen Kölner Auftritt gleich zweimal, erst im 3. Programm des WDR und dann im 1. Programm. Die Begeisterung der Bourgeoisie für den „Kommunismus" des Wolf Biermann ist offensichtlich maßlos und das sollte zumindest ein Grund zum Nachdenken sein.

Solidarität mit Breschnew und Honecker

„Wir Kommunisten ... Wir sind der Meinung, daß die DDR trotz allem eine große Errungenschaft und kostbar ist." So bestimmt Biermann sein Verhältnis zum System in der DDR. Ist das die Haltung eines Kommunisten? – Wir Kommunisten sind allerdings der Ansicht, daß die DDR für die Arbeiterklasse heute alles andere als eine Errungenschaft ist. Die DDR ist längst kein sozialistischer Staat mehr. Die Arbeiterklasse und die Werktätigen der DDR werden heute von der neuen Bourgeoisie der DDR und ihren Moskauer Oberherren ausgebeutet und unterdrückt. Der Kapitalismus in der DDR ist längst vollständig wieder restauriert, in der DDR herrscht heute eine sozialfaschistische Diktatur über die Arbeiterklasse und die Werktätigen. Wer über diese Wirklichkeit hinwegzutäuschen versucht, indem er das Regime in der DDR als sozialistisch ausgibt, schlägt sich auf die Seite der modernen Revisionisten. Biermann hat in Köln den vollständig gerechtfertigten Einwand einer Zuschauerin, in der DDR herrsche doch eine faschistische Diktatur, da könne man doch nicht von Sozialismus sprechen, ausdrücklich als „reaktionären Unsinn" bezeichnet. Er hat die Besetzung der DDR durch den russischen Sozialimperialismus mehr oder weniger offen gerechtfertigt. Biermann kritisiert bestimmte Formen der politischen Unterdrückung, bestimmte Erscheinungsformen des Bürokratismus, aber er verteidigt den modernen Revisionismus in allen grundsätzlichen Fragen. Biermann bekämpft den einzigen Weg, der zur Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats in der DDR führt, den Weg der erneuten sozialistischen Revolution, der Vertreibung der sozialimperialistischen Besatzer und des Sturzes der neuen ostdeutschen Bourgeoisie. Diejenigen, die mit dem System in der DDR unzufrieden sind, hält er unter „linker" Maske vom revolutionären Kampf ab und fesselt sie mit der Lüge vom „fehlerhaften Sozialismus" an den Revisionismus. Was Biermann in der DDR belebt, ist allenfalls jene bürgerliche Opposition, die das sozialfaschistische Regime nicht vom proletarischen Klassenstandpunkt und auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus kritisiert, sondern auf der Grundlage der Forderung nach bürgerlich-parlamentarischer Demokratie. Hier könnten die Gründe dafür liegen, daß die DDR-Machthaber Biermann nun abschieben wollen, weil ihr verfaultes, von wachsenden Widersprüchen geschütteltes Regime selbst solch eine „Opposition" nicht mehr verträgt.

Biermann hat erklärt, daß ihm klar sei, daß die Entwicklung der sozialistischen Bewegung in Westdeutschland in starkem Maße von der Entwicklung in der DDR abhinge. In Wirklichkeit hängt die Frage, ob unter den Werktätigen Westdeutschlands das Vertrauen in den Sozialismus wächst, unter anderem davon ab, ob es den Kommunisten gelingt, unter den Werktätigen Westdeutschlands Klarheit darüber zu schaffen, daß die von ihnen abgelehnte sozialfaschistische Diktatur in der DDR mit Sozialismus nichts zu tun hat. Wer in Westdeutschland die DDR als große und kostbare Errungenschaft propagiert, arbeitet mit an der Diffamierung des Sozialismus.

Grenzenloser Haß auf Stalin und Mao Tsetung

Zu Biermanns „kritischer Solidarität" mit Honecker, Breschnew und Konsorten paßt sein grenzenloser Haß auf Stalin und Mao Tsetung wie die Faust aufs Auge. Auch hier zeigt sich, daß Biermann sich in den grundlegenden Fragen in vollständiger Übereinstimmung mit den Chruschtschow-Revisionisten befindet. Jede Verleumdung, die Imperialismus und Revisionismus gegen Stalin ausgestoßen haben, findet sich in den Liedern und Gedichten Biermanns wieder – bis hin zu der ungeheuerlichen Behauptung, Stalin habe Millionen Kommunisten umgebracht.

Wie die Chruschtschow-Revisionisten Stalin angriffen, um in Wirklichkeit einen Generalangriff auf den Marxismus-Leninismus zu starten, so versteckt sich auch hinter Biermanns Hetze gegen Stalin der Haß auf die Große Oktoberrevolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion. Nicht umsonst entwickelte Biermann auf der Kölner Veranstaltung die Lieblingsthese aller Revisionisten, nach der der Weg der Oktoberrevolution nicht allgemeingültig sei und nicht auf alle Länder übertragen werden könne. Der Weg der Oktoberrevolution, also der Weg der gewaltsamen sozialistischen Revolution aber ist allgemeingültig und wer das leugnet, ist ein Verräter am Marxismus-Leninismus, der nichts anderes im Schilde führt, als die Arbeiterklasse mit der Ideologie des friedlichen Weges zum Sozialismus zu entwaffnen und vom revolutionären Kampf abzuhalten.

Begeisterung für Trotzki, Dubcek und Berlinguer

„In Prag ist Pariser Kommune, sie lebt noch! / Die Revolution macht sich wieder frei / Marx selber und Lenin und Rosa und Trotzki / stehen den Kommunisten bei." Diese Zeilen fielen Biermann zum sogenannten Prager Frühling ein, als die Prager Revisionisten-Clique mit Dubcek an der Spitze nach mehr Unabhängigkeit von Moskau strebte. Es gehört schon eine gehörige Portion Antikommunismus dazu, den Versuch der Dubcek-Clique, einen von Moskau unabhängigen kapitalistischen Weg in der CSSR durchzusetzen, mit dem heroischen Kampf der Pariser Kommunarden gleichzusetzen. Aus welcher Ecke bei Biermann der Wind weht, wird klar, wenn er den Konterrevolutionär Trotzki mit Marx und Lenin auf eine Stufe stellt.

Die konterrevolutionären Ziele Biermanns werden auch deutlich, wenn er sich – wie er sich selbst ausdrückt – in den Kampf der Arbeiterklasse und der Kommunisten in Westdeutschland „einmischt". Was empfiehlt er? Nichts anderes als dem Beispiel der revisionistischen Partei Italiens mit Berlinguer an der Spitze nachzueifern, also ausgerechnet jener Partei, deren Herzenswunsch es ist, sich mit den Faschisten der christlich-demokratischen Partei Italiens zu verbünden, um den Kapitalismus aus der Krise zu retten und die Arbeiterklasse niederzuhalten. Es versteht sich von selbst, daß Biermann gleichzeitig alle revolutionären Organisationen als Sekten beschimpft, daß Kommunisten, die vom reaktionären DGB-Apparat ausgeschlossen worden sind, für ihn „angebliche Kommunisten" sind usw.

Solidarität mit Biermann bedeutet Solidarität mit einem Antikommunisten

In die „Solidaritätsfront" mit Biermann eingereiht hat sich beispielsweise auch die GRF (KPD). Sie begründet dies damit, daß Biermann aus der DDR ausgewiesen worden ist, weil er angeblich für die nationale Einheit Deutschlands eingetreten sei. Abgesehen davon, daß in Deutschland schlechterdings niemand für die nationalen Interessen unseres Volkes eintreten kann, der den russischen Sozialimperialismus als fortschrittliche Kraft ausgibt und die sozialimperialistische Besetzung der DDR rechtfertigt, ist es grenzenloser Opportunismus, mehr als halbherzige Erklärungen zur nationalen Frage als Vorwand zur Verbrüderung mit dem Antikommunismus zu nehmen. Die GRF (KPD) wirft unserer Partei Unfähigkeit in der Bündnispolitik vor. Wir erkennen an, daß die Bündnisfähigkeit der GRF inzwischen nahezu unbegrenzt ist. Wer sich für den Verbleib der US-Truppen in Westdeutschland, für die Stärkung der Nato, für die Stärkung der Bundeswehr usw. stark macht, für den ist es natürlich ohne weiteres möglich, sich mit einem Konterrevolutionär wie Biermann zusammenzutun.

Die GRF wirft unserer Partei vor, sie leiste „ihren Beitrag zur D„K"P-Politik". Sie dokumentiert damit erneut, daß sie nichts vom Wesen des modernen Revisionismus und von den Aufgaben begriffen hat, die die Kommunisten im Kampf gegen den revisionistischen Verrat für die Verteidigung des Marxismus-Leninismus haben. Sonst wäre es nicht möglich, daß die GRF in einer Front mit der Reaktion den besonders durchtriebenen Revisionisten Biermann unterstützt.

In der Tat befindet sich die D„K"P im Fall Biermann in der Klemme, weil er trotz allem den sozialfaschistischen Charakter des Honecker-Regimes deutlich macht. In dieser Situation versucht die D„K"P ein Ablenkungsmanöver, indem sie in den Vordergrund rückt, daß zu denen, die sich für Biermann stark machen, auch jene gehören, die die politische Unterdrückung in Westdeutschland vorantreiben. Es ist also die GRF, die der D„K"P die Hasen in die Küche treibt, indem sie sich gemeinsam mit der Reaktion in die Front der Biermann-„Solidarität" einreiht.

Kapitalistische Wirklichkeit

Die Wohnungsnot der Werktätigen in Ungarn

Vor fünf Jahren verabschiedeten die ungarischen Revisionisten neue Bestimmungen, mit deren Hilfe – nach ihrer Propaganda – die Wohnungsnot in Ungarn beendet werden sollte. Den Werktätigen wurden billige Wohnungen versprochen. Im Zuge der neuen Bestimmungen wurden auch die Bedingungen für die Untermiete neu geregelt. Es hieß damals: Die Inhaber größerer Wohnungen sollen durch materiellen Anreiz angeregt werden, ihre freistehenden Räume zu vermieten, um dadurch „mitzuhelfen", die Wohnungsnot zu lindern.

Der „Rote Morgen" schrieb schon damals, in Nr. 6/71, daß durch diese Gesetze die Wohnungsnot der ungarischen Werktätigen keineswegs beendet, sondern im Gegenteil verschlimmert wird. Denn diese Bestimmungen ermöglichen es der neuen Bourgeoisie, die Not der Werktätigen auszunutzen und sich an dieser Not durch Erpressung der Werktätigen und Korruption enorm zu bereichern.

Diese Entwicklung trat dann auch ein. Die Parteizeitung „Nepszabadsag" gab dies kürzlich in dem Artikel „Auf den Spuren einer fünf Jahre alten Bestimmung" vom 13.6.76 zu. **Danach sind die Preise für Untermieter in den letzten Jahren sehr stark gestiegen. Der Durchschnittspreis für ein normal eingerichtetes Zimmer beträgt 2 000 Forint im Monat. Zum Vergleich: Ein Arbeiter verdient monatlich im Durchschnitt 2 500 Forint. Es liegt auf der Hand, daß kein Werktätiger diese hohen Mieten bezahlen kann.** Bezeichnend für die weitverbreitete Korruption ist, daß viele Vermieter, die ein Zimmer für 2 000 Forint vermieten, in einer vom Staat gemieteten Wohnung leben, für die sie selbst nur 500 Forint Monatsmiete bezahlen. Das ist unter anderem deshalb möglich, weil viele der vom Staat vermieteten Wohnungen nicht an Werktätige mit vielen Kindern vergeben werden, sondern an Mitglieder der Partei- und Staatsbürokratie, die Beziehungen haben und Schmiergelder zahlen können.

Der Preis für ein untervermietetes Zimmer erhöht sich auch dadurch, daß meistens mehrere tausend Forint Vorauszahlung bezahlt werden müssen. Außerdem muß der Mieter in den meisten Fällen einen Vertrag unterschreiben, durch den der Vermieter jederzeit das Recht erhält, ihn aus der Wohnung hinauszuwerfen. Diese Maßnahmen der Vermieter sind gesetzeswidrig, und es gibt noch viele Varianten, wie die Mieter durch die Vermieter erpreßt werden. Die Vermieter können sich das erlauben, denn „es ist eine andere Frage, daß der überwiegende Teil der Untermieter sich nicht an die Rechtsorgane wendet, offensichtlich deshalb, weil ihm am nächsten Tag gekündigt werden würde", so ein gewisser Herr Tanka von der Generalstaatsanwaltschaft in Budapest. Und dabei bleibt es auch. Der Vermieter kann sich aufspielen wie ein Herr, um so mehr als die Nachfrage nach Zimmern besonders in Budapest sehr groß ist. Täglich fahren 200 000 Menschen aus der Umgebung in die Hauptstadt zur Arbeit. Viele wollen natürlich die tägliche Fahrt von 100 bis 300 Kilometern sparen und in Budapest wohnen.

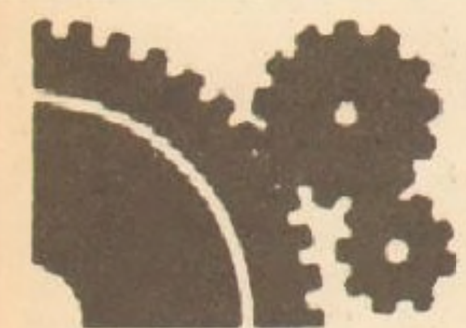
Da die Werktätigen die Zimmerpreise nicht bezahlen können, müssen sie zu mehreren in einem Zimmer wohnen, oft zwei bis vier Personen in einem 12 qm großen Zimmer. Aber auch für diese menschenunwürdigen Unterkünfte müssen sie 400 bis 800 Forint pro Person auf den Tisch legen. Bei der großen Wohnungsnachfrage schalten sich natürlich auch Makler in das Geschäft ein, die den Werktätigen noch zusätzlich Geld aus der Tasche ziehen. In vielen Fällen vermieten diese Makler kleine 2 1/2-Zimmer-Wohnungen an fünfzehn Personen zu einer Miete von 400 Forint pro Mann, während der Mieter selbst höchstens 400 Forint für die ganze Wohnung zu zahlen braucht.

Besonders hart trifft dieses ausbeuterische, korrupte Geschäft der neuen Bourgeoisie mit Wohnungen viele Frauen und Mädchen vom Land. Die Budapester Textilfabrikanten heuern diese Frauen an mit Lügen über märchenhafte Verdienstmöglichkeiten. Besonders gern lokken sie junge, 15jährige schulpflichtige Mädchen nach Budapest, denen sie alles versprechen: viel Geld, eine Wohnung, Großstadtleben ... In Budapest alleingelassen, ohne Geld und menschenwürdige Wohnmöglichkeit, sind diese Mädchen willkommene Opfer der Makler, aber auch für das nächste abscheuliche Geschäft der neuen Bourgeoisie: die Prostitution. Es ist kein Wunder, daß Ungarn seit mehr als einem Jahrzehnt die traurige Weltrangliste an Selbstmorden mit anführt. Viele junge Menschen werden durch die skrupellose kapitalistische Wirklichkeit zu dieser verzweifelten Tat getrieben. Denn wie sollen sie einen Ausweg finden aus einem System, das sie in jungen Jahren ins Elend stürzt, ihnen die menschliche Würde nimmt, täglich neue Formen der Ausbeutung und sozialfaschistischen Unterdrückung gegen sie einsetzt – und das sich gleichzeitig noch als „sozialistisch", als „auf dem Weg zum Kommunismus" hinstellt?!

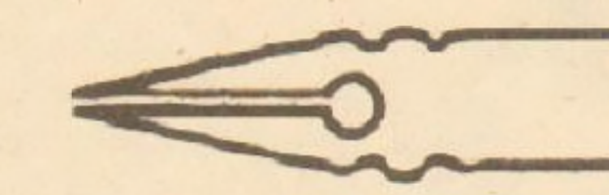
Die Zeitung „Nepszabadsag" ist ein führendes Organ dieser Heuchelei. Nachdem sie „feststellt", die Mieten seien zu hoch und sich scheinbar auf die Seite der „Schwächeren" stellt, gibt sie folgende Lösung des Problems: „In fünf Jahren wurden die Bestimmungen über Untermiete durch die Marktverhältnisse illusorisch, es gibt heute keinen Fall, (...) in dem die tatsächlich gezahlte Untermiete, selbst die billigste, in den Rahmen der Rechtsvorschriften paßt. Die Rechtsvorschriften wurden also unernst. Dies darf man aber wegen der Glaubwürdigkeit des sozialistischen Rechts nicht zulassen. Es liegt also auf der Hand, daß wir die Rechtsvorschriften prüfen. Wie kann man sie der realen Wirklichkeit anpassen, wie lange haben die Bestimmungen noch eine reguläre Funktion, und wo rükken sie von der Realität ab?" **Zu deutsch: Die Rechtsvorschriften schreiben höchstens 600 Forint vor, der Kapitalist dagegen nimmt 2 000 Forint. Fazit: Die Rechtsvorschriften sind „unernst", sie müssen der Realität, den Marktverhältnissen angepaßt werden, sie müssen dem Streben der neuen Bourgeoisie nach immer größerem Reichtum auf Kosten und durch die Unterdrückung des Volkes angepaßt werden.**

Bei dieser Lage der Dinge hält natürlich nicht nur die Angst vor Kündigung die Menschen vom Gang zum Richter ab, sondern auch die immer breitere Erfahrung und Gewißheit, daß die Rechtsvorschriften nicht sozialistisch, sondern kapitalistisch sind, daß von den Gerichten kapitalistisches Recht gesprochen wird. Je offener sich die kapitalistische Wirklichkeit zeigt, desto breiter und tiefer wird die Erfahrung des Volkes, daß in Ungarn eine neue proletarische Revolution notwendig ist, um die Herrschaft der neuen Bourgeoisie zu stürzen und dem Sozialismus wieder zum Sieg zu verhelfen.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

CO-OP REUTLINGEN: KAMPF UM ESSENSGELDZUSCHUSS

Genossen!

Vor einiger Zeit wurde bei co op in Reutlingen erfolgreich eine Unterschriftensammlung für einen Essensgeldzuschuß durchgeführt. Nun hat vor kurzem eine Betriebsversammlung stattgefunden, auf der auch eine Aussprache stattfinden sollte. Die Partei hatte dazu ein Flugblatt verteilt, in dem der Schwindel dieses Gewerkschaftsunternehmens entlarvt wurde und auch, welche Rolle die Gewerkschaft in diesem Staat spielt. Der Betriebsrat, der vorne seine Sprüche klopfte, geiferte Gift und Galle gegen dieses Flugblatt, was die Kollegen schmunzelnd zur Kenntnis nahmen. Zum anderen war es so, daß sie seit der Übergabe der Resolution für den Essensgeldzuschuß an den Betriebsrat nichts mehr von der Sache gehört hatten. Sie waren daher entschlossen, den Betriebsrat auf jeden Fall zu einer Stellungnahme zu zwingen.

Wie erwartet, wurde vom Betriebsrat auf diese Frage nicht eingegangen. Ein Kollege meldete sich dann bei der Aussprache zu Wort, verlas nochmals die Resolution und griff den Betriebsrat wegen seiner scheinheiligen Haltung an. Das wurde von den ca. 1 000 anwesenden Kollegen mit großem Beifall bedacht. Er sagte weiter, daß es Schluß ist mit dem Märchen des Betriebsrates, man bekomme die Kollegen nicht unter einen Hut, und er sagte, daß es gerade möglich ist, die Kollegen nicht nur ohne, sondern gegen den Betriebsrat zu vereinen. Auch das wurde mit großem Beifall aufgenommen, was den Betriebsrat und die Betriebsleitung in große Aufregung versetzte. Ein anderer Kollege wies nach, daß es dem Betriebsrat sehr wohl möglich ist, schnell, tatkräftig und unbürokratisch zu handeln, nämlich dann, wenn es darum geht, den Kollegen im Interesse des Profits noch mehr Arbeit aufzuhalsen – und das noch, ohne mit den Kollegen darüber zu sprechen.

Der Betriebsrat versuchte daraufhin in seiner Antwort den Kollegen Arbeitsunlust zu unterstellen, was viele empörte. Der Kollege wollte sich deswegen noch einmal zu Wort melden, um diese Darstellung zurückzuweisen. Er stand schon am Mikrofon, da beendeten die Bonzen die Aussprache mit dem Hinweis, die Kollegen hätten genug gehört und wollten jetzt tanzen. Sie drehten sofort das Mikrofon ab und die Kapelle begann zu spielen. Zwei Betriebsräte verwickelten den Kollegen in eine heftige Diskussion. Ringsum waren die Kollegen hell empört über diese Vorgehensweise und eine Kollegin kam sofort dazu, um den Kollegen zu unterstützen. Der Unmut war so groß, daß einige Kollegen beschlossen, sich so schnell wie möglich zusammenzusetzen, darüber zu sprechen und auch dem „Roten Morgen" darüber zu berichten. Die Kollegen beschlossen, solche Zusammenkünfte in Zukunft weiter fortzuführen und eine Betriebszeitung zu planen, um alle Kollegen über die Mißstände im Betrieb und die Machenschaften des Betriebsrates zu informieren und sie zu organisieren. Eine Woche nach der Betriebsversammlung gab der Betriebsrat auf einer Aussprache bekannt, daß die Betriebsleitung der Forderung nachgegeben hat. Das ist wohl eine Verbesserung, aber auch gleichzeitig ein Versuch, die Kollegen zu spalten. Denn nur ein Teil der Kollegen kann in diesen Genuß kommen, die anderen sind aufgrund ihrer unterschiedlichen Arbeitsbedingungen davon ausgeschlossen. Es heißt jetzt für uns, diesem Spaltungsversuch entschieden zu begegnen und die Betriebsleitung zu zwingen, diese Vergünstigung allen Kollegen zukommen zu lassen.

Aber die ganze Sache hatte noch ein Nachspiel.

Nach der oben erwähnten Aussprache wurden die beiden Kollegen, die auf der Betriebsversammlung aufgetreten waren, vom Betriebsratsvorsitzenden, seinem Stellvertreter und dem Personalchef zu einem Gespräch (Verhör sollte man besser sagen), zitiert. Dabei versuchten der Betriebsratsvorsitzende und der Personalchef herauszubekommen, wer das Flugblatt geschrieben hat und wie die Information an die „Sekte KPD/ML" gekommen sei. Der Personalchef sagte klar, daß eine bestimmte Parteizugehörigkeit unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Gewerkschaft und der Zugehörigkeit zum Betrieb sei. Alle versicherten jedoch immer wieder scheinheilig, sie wollten keine Gesinnungsschnüffelei durchführen. Um die beiden Kollegen einzuwickeln, erklärten sie ihre „Anliegen" für berechtigt – aber man dürfe doch nicht so scharf vorgehen. Die Kollegen fielen aber auf diese Anbiederungsversuche nicht hinein. Zumal der Betriebsratsvorsitzende zugleich immer wieder versuchte, sie zu provozieren und ihnen „Fangfragen" zu stellen. So z. B.: „Wir lassen uns nicht die Demokratie von solchen Leuten kaputtmachen", oder plötzlich: „Wo ist denn nun das Flugblatt gedruckt worden?" Die Kollegen ließen sich aber nicht provozieren, sondern erteilten dem Betriebsratsvorsitzenden eine Abfuhr.

Rotfront! Genossen aus Reutlingen.

(Der Bericht wurde von uns gekürzt – RM)

„GEH NIE IRGENDWO DURCH, WO ES TROPFT . . ."

Genossen!

Von Giftgasausbrüchen hört man meistens nur dann etwas, wenn dabei Menschen ums Leben kommen. Daß so etwas aber sehr häufig passiert, habe ich erfahren, als ich vor einigen Jahren in den Ferien bei Bayer in Uerdingen gearbeitet habe.

Dort wird Phosgen (Kohlenstoffoxychlorid, $COCl_2$) in großen Mengen hergestellt oder verarbeitet. Man erzählte mir, daß mit schöner Regelmäßigkeit so einmal im Jahr ein „Phosgenausbruch" stattfinden würde. Das sei zwar ein äußerst gefährliches Gas – man sei schon tot, bevor die Konzentration so stark werde, daß man es riechen könne –, aber da der Wind bisher immer günstig gestanden habe, seien nur einige Kühe in den Rheinwiesen verendet. Bei Ostwind würde das Gas nach Uerdingen hineingetrieben.

Bayer hat natürlich immer anstandslos Schadenersatz gezahlt, damit nur ja nichts an die Öffentlichkeit kommt.

Daß bei solchen Gasunfällen die Bevölkerung und die Arbeiter im Werk sehr gefährdet werden, interessiert die Bayer-Kapitalisten natürlich nicht. Wie wenig sie sich dafür interessieren, wird auch daran deutlich, daß der erste Rat, den man bekommt, wenn man dort arbeitet, sagt: Geh nie irgendwo durch, wo es tropft, auch nicht draußen, es kann dir alles mögliche aus undichten Leitungen auf den Kopf fallen.

„VERSTORBEN/TÖDLICH VERUNGLÜCKT – ZUTREFFENDES ANKREUZEN!"

Vor kurzem fand der Prozeß gegen den Genossen Peter Schulte statt. Er war unter anderem angeklagt, weil die Betriebszelle der Partei bei Gneisenau über einen tödlichen Arbeitsunfall berichtete. Die Anzeige gegen Genossen Peter kam aus der Direktionsetage, unterstützt und gefordert wurde sie vom reaktionären Betriebsrat. Nun ist wieder ein Kumpel tödlich verunglückt. Durch Aushang hat der Betriebsrat zur Beerdigung aufgerufen, unterschrieben hatte Köhler, Vorsitzender des BR. Auf einem kopierten Blatt stand nur der Name des Kumpels mit Filzschreiber eingetragen und dahinter stand: „. . . verstorben/tödlich verunglückt . . .". In amtlichen Formularen steht dann noch: „Zutreffendes bitte ankreuzen." Anscheinend rechnet der Betriebsrat noch mit weiteren „Verstorbenen", daß er solche „Todesformulare" verwendet. Prangert man, wie wir Kommunisten, den Tod eines Kumpels als Mord der Kapitalisten an, dann wird man von diesen Handlangern der Bourgeoisie wütendst bekämpft. Sie selbst haken einen verunglückten Kollegen einfach ab und dann ist für sie die Sache erledigt.

Rot Front!
Ein Genosse von Gneisenau.

Hoesch- Belegschaftsversammlungen

Grosse Empörung über Lohnraubforderung

Die 8,5%-Forderung des arbeiterfeindlichen IGM-Apparates für die Kollegen der Stahlindustrie hat überall in den Betrieben große Empörung hervorgerufen. Wie groß diese Empörung ist, zeigte sich besonders deutlich auf den Belegschaftsversammlungen, die kurz nach der Bekanntgabe der Forderung des IGM-Apparates in den drei Dortmunder Hoesch-Betrieben Westfalenhütte, Union und Phönix durchgeführt wurden.

Auf allen drei Versammlungen sind klassenkämpferische und revolutionäre Kollegen, darunter bekannte Genossen der KPD/ML, aufgetreten, die den Verrat des Gewerkschaftsapparates und der modernen Revisionisten der D„K"P aufdeckten und anprangerten und die Kollegen zum unversöhnlichen Kampf gegen die Kapitalisten und ihre Handlanger, zum Kampf gegen Lohnraub und Verrat aufgerufen haben. Von den Bonzen wurden diese Kollegen wütend angegriffen, von den Kollegen aber einhellig unterstützt. Viele Kollegen haben so klarer gesehen, daß der Gewerkschaftsapparat die Interessen der Kapitalisten und nicht die der Arbeiter vertritt.

Wie immer hatten auf den Belegschaftsversammlungen die Bonzen des Betriebsrates es auch diesmal nicht für nötig gehalten, in ihren sogenannten Rechenschaftsberichten auf die brennenden Sorgen und Nöte der Kollegen einzugehen. So verloren sie z. B. über die laufende Tarifrunde kein einziges Wort. Stattdessen bejammerten sie die schlechte wirtschaftliche Lage der Kapitalisten, die angeblich von den Kollegen „maßvolle Forderungen" und „Besonnenheit" erfordere. Die Forderungen und Interessen der Kollegen kamen erst in der Diskussion zur Sprache.

Bei der Belegschaftsversammlung auf Phönix wurde die Rede des revolutionären Kollegen immer wieder vom Beifall der Kollegen unterbrochen. Der Kollege entlarvte den Verrat der Bonzen und den Trick der Vertrauensleutekörperleitung bei Hoesch, die, ohne die Kollegen zu fragen, eine Forderung von 11% aufgestellt hatte, damit der Gewerkschaftsapparat angesichts der bevorstehenden 8,5%-Forderung der Großen Tarifkommission in den Augen der Kollegen nicht allzu viel an Kredit verliert. Als der Kollege sagte: „Unsere Forderung hätte sicherlich nicht bei 11% gelegen!", klatschten die Kollegen begeistert Beifall. Und ganz ähnlich war es auf den beiden anderen Belegschaftsversammlungen auch.

Die Kollegen von Hoesch sind zum Kampf gegen die Kapitalisten für die Verteidigung ihres Lohns, für eine wirkliche Lohnerhöhung bereit. Aber ihre Kampfbereitschaft wird durch den arbeiterfeindlichen, imperialistischen Gewerkschaftsapparat sabotiert und gelähmt, wird gelähmt vor allem durch die Propaganda der Klassenversöhnung, die die Handlanger des Kapitals betreiben, durch Resignation, Pessimismus und Angst, die sie in den Reihen der Arbeiter verbreiten, um die Kapitalisten zu schützen.

Eine besonders üble Rolle spielen dabei die modernen Revisionisten der D„K"P. So verteilten sie kurz vor den Belegschaftsversammlungen eine ihrer Betriebszeitungen, in der sie schreiben: „Wir maßen uns nicht an, der Tarifkommission noch den gewerkschaftlichen Gremien im Betrieb irgendwelche Ratschläge zu erteilen. Die Entscheidung der Höhe der Forderung und die Durchsetzung bleibt ihre Sache." Das ist eine bodenlose Unverschämtheit, mit der die modernen Revisionisten den Arbeitern einreden wollen, die Aufstellung der Forderungen und ihre Durchsetzung sei Sache der Bonzen, die doch in Wirklichkeit mit den Kapitalisten auf einer Seite der Barrikade stehen; mit der sie den Arbeitern einreden wollen, jetzt müsse man sich fügen, jedes Aufbegehren gegen den Gewerkschaftsapparat sei schädlich und nütze im übrigen doch nichts. **Als der Kollege auf der Belegschaftsversammlung diesen bodenlosen Verrat der D„K"P-Revisionisten anprangerte, erhielt er ebenfalls den Beifall der Kollegen.**

Kurz darauf drehen ihm die Bonzen das Mikrofon ab mit der fadenscheinigen Begründung, seine „Redezeit sei zu Ende". Sie kommen aber nicht weit damit. Die ganze Halle dröhnt vom Pfeifen und Rufen der Kollegen, so daß sich die Bonzen gezwungen sehen, den Kollegen schließlich doch weiterreden zu lassen. Das war eine deutliche Niederlage für die Bonzen und die modernen Revisionisten der D„K"P, ein Sieg der Linie des revolutionären Klassenkampfs unserer Partei. Auch bei den Belegschaftsversammlungen auf der Westfalenhütte und bei Union versuchten die Betriebsräte, den Genossen und revolutionären Kollegen das Mikrofon abzudrehen. Sie scheiterten aber ebenso jedesmal an den in der Halle versammelten Kollegen.

Die Kollegen in den Stahlhütten an Rhein und Ruhr sind kampfstark und erfahren. Gestützt auf ihre eigenen Kräfte können sie den von den Kapitalisten und ihren Handlangern geplanten Lohnraub verhindern. Sie werden aber nur dann erfolgreich sein, wenn sie den Kampf gegen die Kapitalisten mit dem Kampf gegen die Verräter in den eigenen Reihen, den reaktionären, arbeiterfeindlichen DGB-Apparat und die modernen Revisionisten verbinden und sich von der von diesen verbreiteten Ideologie der Klassenversöhnung freimachen. Unsere Partei wird diesen Kampf nach Kräften unterstützen und vorantreiben.

Auf Betreiben des Betriebsrats

Entlassen- weil sie nicht denunzieren wollte!

Wie „Der Angriff", die Betriebszeitung der KPD/ML bei Hagenuk in Kiel berichtet, wurde vor kurzem eine Kollegin fristlos entlassen. Der Grund: Sie weigerte sich, der Geschäftsleitung Namen von Kollegen zu verraten, die sich empört über das heimliche Abstoppen ihrer Akkordzeiten beschwert hatten.

Die Kollegin Hannelore P., die schon seit über zwei Jahren bei Hagenuk arbeitet, hatte von Kollegen einer anderen Werkstatt gehört, daß der Kalkulator Split mit der Stoppuhr in der Kitteltasche herumstehen würde und so heimlich die Zeiten der Kollegen festhalten würde. Empört darüber hatte Hannelore sich daraufhin an die Betriebsrätin Utrecht gewandt und diese gefragt, ob das denn stimme und überhaupt erlaubt sei. Statt jedoch Maßnahmen zu ergreifen, hatte diese nichts Eiligeres zu tun, als Split davon zu unterrichten. Der gab die Angelegenheit natürlich sofort an die Geschäftsleitung weiter. Wachsende Unruhe über drohende Akkorderhöhungen – dem ging die Geschäftsleitung entschieden nach.

Hannelore wurde daraufhin von ihrem Abteilungsleiter einem Verhör unterzogen. Er verlangte von ihr die Namen der Kolleginnen, die mit ihr über den Kalkulator gesprochen hatten. Hannelore aber handelte, wie jeder anständige Kollege gehandelt hätte: **Sie gab die Namen nichts preis, selbst als der Abteilungsleiter sie mit Entlassungsdrohungen erpressen wollte.** Nach einem weiteren vergeblichen Verhör wurde sie kurzerhand fristlos entlassen: wegen „Störung des Betriebsfriedens" und weil mit ihr „keine vertrauensvolle Zusammenarbeit" möglich sei. Und damit sie gar nicht erst die Möglichkeit habe, ihre Kollegen darüber zu informieren und die ganze Sache vertuscht werden kann, erhielt sie sogleich auch noch Werksverbot.

Hatte der Betriebsrat sich anfangs nicht getraut, die Entlassung zu unterschreiben, so erhielt Hannelore keine drei Tage später erneut eine fristlose Kündigung – mit Unterschrift des Betriebsrates. Was war geschehen?

„Der Angriff", die Betriebszeitung der KPD/ML, hatte von der Entlassung erfahren und das Vorgehen des Betriebsrates entlarvt, der offen als Handlanger der Kapitalisten seine Aufgabe, Unruhe aufzuspüren und die „Unruhestifter" zu melden, erfüllt hatte. Die Empörung unter den Kollegen war daraufhin groß. Der Betriebsrat versuchte sofort die Kollegin Hannelore in unverschämter Weise unter Druck zu setzen. Er, der die Kollegin an die Kapitalisten verraten hatte, verlangte von Hannelore, in ihrem Namen eine Gegendarstellung gegen den Bericht des „Angriffs" veröffentlichen zu dürfen! **Doch auch hierzu, dem „Angriff", der sie unterstützt hatte, in den Rücken zu fallen, war sie nicht bereit. Für den Betriebsrat war das Grund genug, ihre fristlose Entlassung zu unterstützen.**

Dieses Beispiel für die zunehmende Unterdrückung im Betrieb zeigt eindringlich, wie Kapitalisten und die reaktionären Betriebsräte aufs engste zusammenarbeiten, um jeden Widerstand gegen Akkorderhöhungen zu ersticken. Und es zeigt, wie sie Hand in Hand vor allem dann vorgehen, wenn eine Arbeiterin wie Hannelore sich mit ihren Kollegen solidarisch erklärt, zu ihrer Klasse hält, trotz Drohungen und Erpressungen.

Doch der Kampf um die Entlassung ist noch nicht entschieden. Die Partei hat an der Seite der Kollegin den Kampf um ihre Wiedereinstellung aufgenommen und die Kollegen aufgerufen, durch Unterschriftensammlungen, durch Proteste bei Betriebsrat und Geschäftsleitung den Kampf für die Wiedereinstellung von Hannelore zu unterstützen.

Der Kampf gegen Atomkraftwerke ist gerecht !

Die skrupellose Zerstörung, Vergiftung und Verschmutzung unserer Umwelt durch das Monopolkapital stößt zunehmend auf die Empörung und den erbitterten Widerstand des werktätigen Volkes. Vor allem gegen den Bau von Atomkraftwerken hat sich inzwischen eine machtvolle Volksbewegung entwickelt, die immer mehr an Kraft, Entschlossenheit und Militanz gewinnt. Das zeigen die erbitterten Gefechte, die sich Tausende von Menschen in Brokdorf mit schwerbewaffneten Polizei- und Bundesgrenzschutztruppen lieferten. Um die werktätige Bevölkerung zu verwirren und sie vom Widerstand gegen die lebensbedrohenden AKW-Projekte abzuhalten, wird eine zynische und verlogene Propaganda betrieben. Sie diffamiert den gerechten Kampf gegen die Atomkraftwerke und gegen das Energieprogramm der Bundesregierung als „Maschinenstürmerei", als „fortschrittsfeindliche" Bewegung, die aus „irrationalen Ängsten" gespeist würde. Unverschämt werden die Arbeiter, Bauern und anderen Werktätigen sowie die Jugendlichen, die gegen die Atomkraftwerke demonstrieren und auf die Barrikaden gehen, als „dumme und unwissende Masse" verleumdet und verhöhnt.

Aber der Kampf der Arbeiter, Bauern, anderen Werktätigen und Jugendlichen gegen die Atomkraftwerke ist absolut notwendig und gerecht. Das Geschwätz, ohne den Bau der geplanten Atomkraftwerke gingen eines Tages die Lichter aus, ist schlicht und einfach eine dummdreiste Lüge. In unserem Land gibt es bekanntlich große Kohlevorkommen. Es gibt auch unerschöpfliche Möglichkeiten, neue Energiequellen zu erschließen. Zum Beispiel läßt sich aus dem Sonnenlicht oder aus dem Gezeitenwechsel an den Meeresküsten Energie gewinnen. Aber so steht die Frage in Wirklichkeit gar nicht. Der angeblich drohende „Energiemangel" wird nur vorgeschoben, um die wirklichen Gründe dafür zu verschleiern, daß die Monopole und die Regierung um jeden Preis ihr Atomenergieprogramm durchsetzen wollen. Der Bau von Atomkraftwerken stellt für die Monopole diejenige Art der Energiegewinnung dar, aus der sie die meisten Profite herausschlagen können. Gleichzeitig wird dadurch die materielle und technische Basis dafür geschaffen, daß Bonn in der Lage ist, atomare Vernichtungswaffen in großem Maßstab selbständig zu produzieren. Das Atomenergie-Programm dient also auch dem Expansionsstreben und der militärischen Stärke des westdeutschen Imperialismus.

Die Frage ist auch nicht, ob man grundsätzlich für oder gegen die Erschließung von Atomenergie ist. Allerdings bedeutet der Bau von Atomkraftwerken überhaupt und insbesondere in der großen Anzahl, wie es in dem Energieprogramm der Bundesregierung festgelegt ist, eine ungeheure Gefahr für das werktätige Volk. Und zwar vor allem deshalb, weil wir in einem kapitalistischen Staat leben, in dem Profit der Monopole alles, die Sicherheit und Gesundheit der werktätigen Bevölkerung jedoch kaum etwas gilt. Denken wir nur an die Zahl der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, die in der Bundesrepublik 1975 gemeldet wurden: in einem Jahr 2,2 Millionen! Denken wir an die skrupellose Umweltverschmutzung und -vergiftung, die die Monopole bereits mit herkömmlichen, nicht radioaktiven Materialien, mit gewöhnlichen Fabriken und Kraftwerken betreiben, oder denken wir z.B. an Seweso. Angesichts dessen kann einen der Schauer ergreifen, wenn man daran denkt, daß das Bonner Energieprogramm vorsieht, daß in den kommenden 10 Jahren in der Bundesrepublik 50 Atomkraftwerke gebaut werden sollen (13 Kernreaktoren sind gegenwärtig in der Bundesrepublik in Betrieb). Dabei ist es beim heutigen Stand der Forschung und der technischen Entwicklung selbst dann unmöglich, Unfälle mit katastrophalen Auswirkungen bei Atomkraftwerken mit Sicherheit zu vermeiden, wenn ein Maximum an Sicherheitsmaßnahmen eingehalten würde. Auch durch Sabotage können unter den bei uns gegebenen Umständen relativ leicht Katastrophen ausgelöst werden. Im Kriegsfall genügt es, die Kraftwerke mit Raketen oder normalen Sprengbomben anzugreifen, um grauenhafte Zerstörungen und Verseuchungen hervorzurufen. Die freigesetzte Radioaktivität eines einzigen Kernreaktors entspricht mindestens 1000 Atombomben vom Hiroshima-Typ. Das bedeutet: bei der von Bonn angestrebten Massierung von Atomkraftwerken besteht im Kriegsfall die reale Gefahr, daß durch einen Überraschungsangriff die ganze Bundesrepublik in eine atomare Wüste verwandelt wird.

Aber auch ohne daß es zu solchen Katastrophen kommt, werden die Auswirkungen der Atomkraftwerke in der Hand der Kapitalisten mörderisch sein. Ständig werden verhältnismäßig große Mengen radioaktiver Substanz nach außen gelangen (z. B. durch das Kühlwasser). Selbst bei reibungslosem Funktionieren der AKWs wird die Radioaktivität in der Umwelt derartig ansteigen, daß eine starke Zunahme von Krebserkrankungen, von Erbschäden, Totgeburten, Mißbildungen usw. unvermeidlich sind. Die Spätfolgen sind heute überhaupt noch nicht abzusehen, besonders auch im Hinblick auf die Lagerung des radioaktiven Abfalls in sogenannten Atommülldeponien, wie es in den Plänen der Regierung vorgesehen ist. Angesichts dieser Tatsachen wird deutlich, daß das Bonner Energieprogramm ein ungeheuerlicher Angriff auf die elementarsten Interessen des gesamten werktätigen Volkes ist. Die Imperialisten überbieten an Skrupellosigkeit jeden Gangsterboß, wenn es um die Sicherung ihrer Profite und ihrer Macht geht. Sie sind die schlimmsten Verbrecher und Feinde der Menschheit, die die Geschichte jemals gekannt hat.

Es wirft ein bezeichnendes Licht auf den DGB-Apparat, daß er diese todbringenden Pläne unterstützt, daß Gewerkschafts- und Betriebsratsbonzen sogar versuchen, die Arbeiter und kleinen Angestellten zur Unterstützung dieser Pläne und zum Kampf gegen die Demonstranten von Brokdorf und Wyhl aufzuhetzen. Diese „Arbeitnehmervertreter" sind nichts anderes als Komplizen der Imperialisten und Todfeinde des arbeitenden Volkes. Im Verein mit der Regierung und den Monopolen spielen sie zynisch mit der Angst vor Arbeitslosigkeit, indem sie lügen, der Bau der AKWs sei notwendig, um die Arbeitsplätze zu sichern. Damit versuchen sie die Werktätigen einzuschüchtern, sie untereinander zu spalten und gegeneinander auszuspielen. In Mülheim wurde von den Kapitalisten und vom Betriebsrat der Kraftwerk Union (KWU) sogar eine sogenannte „Gegendemonstration" gegen den Kampf der Werktätigen in Brokdorf und Wyhl veranstaltet.

Natürlich sind die Arbeiter und kleinen Angestellten, die sich an dieser reaktionären „Gegendemonstration" beteiligten, nicht aus eigenem Antrieb auf die Straße gegangen. Aber daß sie sich dem Druck des Werksvorstands und der Betriebsratsbonzen nicht entschieden widersetzt und sich nicht geweigert haben, mitzumarschieren, zeigt doch, daß die schmutzigen Spaltungsmanöver und die Demagogie der Kapitalisten und ihrer Lakaien nicht wirkungslos geblieben sind. Das kommt daher, daß unter den Arbeitern und kleinen Angestellten noch viele Illusionen über den Kapitalismus existieren, daß sie noch von der Ideologie der „Klassenversöhnung" beeinflußt sind, daß ihnen noch nicht genügend klar ist, daß zwischen Arbeitern und Kapitalisten keinerlei gemeinsame Interessen existieren, sondern ein unversöhnlicher Gegensatz besteht.

Als die Energiemonopole vor bald 20 Jahren damit begannen, den Energieträger Steinkohle durch das Erdöl zu ersetzen, lag der Grund dafür darin, daß man mit dem Erdöl, das man den Völkern des Nahen Ostens zu Schleuderpreisen abpressen konnte, höhere Profite als mit Kohle machen konnte. Im Interesse des Maximalprofits legten die Monopole damals Dutzende von Zechen still. Hunderttausende von Arbeitsplätzen wurden vernichtet. Und jetzt kommen dieselben Halsabschneider daher und wollen dem Arbeiter erzählen, wenn sie heute aus Profitgier auf Atomenergie umsteigen wollen, diene das der Sicherung von Arbeitsplätzen. Nichts als Lügen! Auch jetzt geht es ihnen einzig und allein um Profit und Macht, und dafür werden sie auch jetzt die Interessen der Arbeiter und kleinen Angestellten skrupellos mit Füßen treten.

Die Hetze der Bourgeoisie gegen den Kampf gegen die Atomkraftwerke kann nicht verhindern, daß dieser Kampf immer mehr an Breite und Militanz gewinnt. Die Demonstrationen in Brokdorf sind Beweis dafür. Aber die Bourgeoisie hat auch Stützen innerhalb dieser Bewegung, die ihr helfen sollen, den Kampf zu sabotieren. Es ist eine gute Sache, daß sich Bürgerinitiativen gebildet haben, die eine breite Mobilisierung der Werktätigen und ihre Vereinigung zu geschlossenen Kampfaktionen ermöglichen. Aber neben kämpferischen Werktätigen, die entschlossen gegen die Atomkraftwerke kämpfen wollen, gibt es darin oftmals auch bürgerliche Kräfte, z. B. Funktionäre der Bonner Parteien, Revisionisten oder andere Reaktionäre, die nur darauf aus sind, jeden konsequenten Kampf zu sabotieren. Sie versuchen die Bewegung zurückzuzerren, indem sie „Gewaltlosigkeit" und die Einhaltung der sogenannten „demokratischen Spielregeln" und der vom Gesetz vorgeschriebenen Wege predigen. Sie wollen erreichen, daß wir mit dem kapitalistischen Staat zusammenarbeiten, anstatt den Kampf gegen ihn zu führen. Sie sagen: beide Seiten müssen einander entgegenkommen, statt Konfrontation müßten wir „Verständigung" mit der Gegenseite anstreben usw.

Es ist unmöglich, erfolgreich zu kämpfen, wenn in der Führung des Kampfes solche Elemente mitmischen. Der Kampf für die Verhinderung der Atomkraftwerke ist ein Kampf gegen das Monopolkapital und gegen den bürgerlichen Staatsapparat. Es ist ein Klassenkampf, der revolutionär geführt werden muß. Er ist gerecht und dient den elementaren Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Die KPD/ML als revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse unterstützt diesen Kampf ohne jede Einschränkung. Sie kämpft Schulter an Schulter mit allen Werktätigen, die wirklich entschlossen sind, den Bau der Atomkraftwerke zu verhindern.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen



BETRIEBSZEITUNG DER KPD/ML FÜR FKH (BV) 19. November 1976

Der Schah steigt bei Krupp ein
Eine finstere Ehe!

Nachdem sie sich 1974 verlobt hatten – der Schah hatte damals 25,04% der Krupp Tochtergesellschaft FKH Bochum gekauft, fand kürzlich jetzt die Hochzeit statt. Mit – wie es heißt – rund 700 Millionen DM kaufte der Schah sich bei der Friedrich Krupp GmbH, Essen ein.

Ein wirklich scheußliches Paar. Aber wie es das Sprichwort schon sagt: Gleich und gleich gesellt sich gern. Da ist auf der einen Seite Krupp, dessen Name auf der ganzen Welt für brutale Ausbeutung und Ausplünderung, für rücksichtsloses Streben nach Höchstprofit und Weltmachtstellung bekannt ist. Krupp, das war die Waffenschmiede für die deutsche Bourgeoisie unter Kaiser Wilhelm genauso wie unter dem faschistischen Nazi-Regime.

Wahrlich, in dieser Sammlung von Verbrechern darf der Schah von Persien nicht fehlen. Er und sein Regime stehen für blutigste Unterdrückung und grausamste Ausbeutung. Allein in diesem Jahr haben der Schah und sein faschistisches Regime über 100 iranische Patrioten, Kämpfer des werktätigen Volkes, ermordet, die für die Freiheit ihres Volkes gekämpft haben.

Wie stets, wenn Verbrecher sich zusammentun, hoffen sie gemeinsam einen größeren Coup landen zu können. Nicht anders ist das bei Krupp und dem Schah. Und wie bei Verbrecherbanden, so ist es auch bei ihnen: Der Stärkere sahnt am meisten ab. Für Krupp bedeutet die Beteiligung des Schah-Regimes zum einen natürlich, daß ihm die Türen Persiens offener stehen als anderen Monopolen. So ist jetzt bereits die Rede davon, daß man im Iran gemeinsam ein Stahlwerk bauen will, an dem Krupp beteiligt werden soll. Gleichzeitig sitzt Krupp damit näher an den Quellen so wichtiger Rohstoffe wie Erdöl und Gas, um die sich die imperialistischen Monopole auf der ganzen Welt reißen. Darüberhinaus ermöglicht die Finanzspritze des Schahs den Krupp-Kapitalisten, ihr 135 Tochtergesellschaften zählendes Imperium in noch mehr Länder Lateinamerikas, Afrikas usw. ausdehnen zu können.

Und der Schah? Wer 700 Millionen mit in die Ehe bringt, der verspricht sich natürlich auch einiges davon. Zum einen hofft der Schah an der Seite von Krupp selbst an Einfluß und Macht in anderen Ländern, in denen Krupp seine Filialen hält, zu gewinnen. Zum andern aber verspricht der Schah sich von dieser weltweit berüchtigten Waffenschmiede der Imperialisten natürlich auch die Möglichkeit, seine militaristische Aufrüstung besser durchführen zu können. Wie ein ertappter Dieb erklärte Berthold Beitz zwar: „Der Schah kann uns nicht zwingen, plötzlich Waffen herzustellen." Doch da haben selbst die Kommentatoren in den bürgerlichen Tageszeitungen nur gelacht. Denn wieso soll der Schah Krupp zwingen, Waffen herzustellen, wenn Krupp das selbst schon lange tut, sei es bei Mak in Kiel, bei VFW in Bremen usw. Selbst die bürgerliche Presse schrieb, daß die verschämte Stellungnahme von Beitz eher als Bestätigung dafür zu sehen ist, daß Krupp künftig für den Iran verstärkt Waffen produzieren wird. Und der Schah will diese Waffen keineswegs, um sie in Teheran ins Museum zu stellen. Schon jetzt setzt er seine Waffen gegen die Völker von Oman ein, besetzte im November 1971 gewaltsam drei arabische Inseln in der Meerenge von Hormuz. Und auch im Innern setzt das faschistische Schahregime in immer breiterem Maße Waffen ein, um den Befreiungskampf der iranischen Völker blutig niederzuhalten.

Anläßlich der Hochzeit gab es auch für die Arbeiter und Angestellten von Krupp etwas: große Versprechungen. Beitz versicherte, durch die Schahbeteiligung würden die Arbeitsplätze gesichert werden. Dies Gerede aber ist schlicht und einfach eine Lüge, ein Betrug, der die Empörung unter den Kollegen über die Schahbeteiligung abwiegeln soll. Das Argument von Beitz war: die Auftragslage würde nun sicherlich ansteigen. Doch sichert das die Arbeitsplätz?

Gerade was Krupp anbelangt, gilt sogar das Gegenteil. Die Kapitalbeteiligung des Schah bei Krupp wie auch Aufträge des faschistischen Schahregimes werden eine noch schärfere Rationalisierung bedeuten und zu weiteren Entlassungen führen. Denn Krupp wird die Hunderte Millionen genau dazu verwenden, um seinen jahrelang gehegten Wunsch zu erfüllen, eine breiteste Rationalisierung durchzuführen. Das bedeutet Stillegung all der Betriebe, die Krupp nicht genug Profit bringen, und Ausbau der Betriebe und Abteilungen, die den Krupp-Kapitalisten das große Geld bringen. Die bereits eingeleitete Neugliederung war der Anfang davon. In ihrem Rahmen sollen schon mehrere Verarbeitungsbetriebe stillgelegt werden. Die Millionen vom Schah werden dazu dienen, dies Programm beschleunigt und noch intensiver durchzuführen. Noch nie haben die Monopole investiert, um uns Arbeitern Arbeitsplätze zu sichern, sondern einzig und allein, um mehr Profit aus uns herauszuholen. Und das heißt für sie vor allem: aus immer weniger Arbeitern immer mehr Profit herauszuschlagen.

Die Beteiligung des faschistischen Schahregimes bei Krupp dient allein den Krupp-Kapitalisten – ihnen vor allem – und dem faschistischen Schahregime. Das Bündnis Krupp und Schah nützt nicht den Werktätigen, sondern es richtet sich direkt gegen sie: sowohl gegen die Völker des Iran wie auch gegen die westdeutsche Arbeiterklasse. Und es ist unsere internationalistische Pflicht, künftig nicht nur den Kampf gegen die westdeutschen Kapitalisten zu verstärken, sondern auch den Kampf des iranischen Volkes noch entschiedener zu unterstützen.

Meldungen aus den Betrieben

IGM-Bonzen "erkämpfen" Almosen

Am 30. Oktober vereinbarten die IGM-Bonzen und der Kapitalistenverband Gesamtmetall neue Verträge über stufenweise Erhöhungen bei der sogenannten „Sparförderung" (624-Mark-Gesetz) und beim „13. Monatseinkommen".

Die „Sparförderung" wird ab 1. Juli um 13 DM monatlich von bisher 26 DM auf 39 DM pro Monat erhöht (jährlich von 312 DM auf 468 DM). Diese Regelung gilt bis Ende 1979. Erst ab 1980 erhöht sich die Zahlung dann auf monatlich 52 DM, bzw. auf 624 DM jährlich.

Das sogenannte „13. Monatseinkommen" wird ab 1. Januar 1977 in allen Stufen um 10% eines Monatsverdienstes erhöht, so daß künftig bei einer Betriebszugehörigkeit von 6 Monaten 20%, von 12 Monaten 30%, von 24 Monaten 40% und von 36 Monaten 50% eines Monatsverdienstes gezahlt werden. Die Laufzeit beträgt hierbei 2 Jahre.

Dieser Abschluß bedeutet eine Unverschämtheit, ein jämmerliches Almosen. Er fixiert die entsprechenden Zahlungen für mehrere Jahre auf einem niedrigen Niveau. Für einen durchschnittlich verdienenden Arbeiter springen dabei zunächst alles in allem nicht mehr als monatlich ca. 25 DM heraus, wobei man den größten Teil zu sparen gezwungen ist.

Aber damit nicht genug wollen die Gewerkschaften diese geringen Erhöhungen auch noch als Rechtfertigung benutzen, um einen möglichst niedrigen Tarifabschluß bei den anstehenden Lohnverhandlungen durchzupauken. Nicht umsonst brachte „Metall" einen großaufgemachten Bericht auf der Titelseite, in dem das Verhandlungsergebnis als „großer Erfolg" hingestellt wird, den sie den Vertretern von Gesamtmetall in „harten und zähen Verhandlungen abgerungen" hätten.

Zur Programmdiskussion

Die Bedeutung der nationalen Frage

Unsere Partei hat den Entwurf ihres Programms veröffentlicht, um allen fortschrittlichen Werktätigen, allen Revolutionären die Möglichkeit zu geben, ihre Kritik und Vorschläge zu äußern, bevor der 3. Parteitag unserer Partei das Programm verabschieden wird. Bereits in der letzten Ausgabe des „Roten Morgen" ist ein Artikel erschienen, der insgesamt zum Programmentwurf Stellung nahm. Im folgenden Artikel wollen wir auf die Frage eingehen, welche Bedeutung der Programmentwurf der nationalen Frage in Deutschland beimißt und wie unsere Partei in ihrem Programmentwurf das Verhältnis zwischen dem Kampf für die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands und dem Kampf für die sozialistische Revolution bestimmt.

Heute, mehr als 30 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges, ist Deutschland immer noch gespalten. Die durch Mauer, Stacheldraht, Minenfelder und Selbstschußanlagen markierte unmenschliche Grenze mitten durch Deutschland ist für die Werktätigen unseres Landes eine schwere Belastung und ein drückendes Problem: Familien sind auseinandergerissen, Verwandte, Freunde und Verlobte können einander nicht oder nur selten und unter Schwierigkeiten sehen. Die Spaltung der deutschen Nation ist eine schwere Beeinträchtigung für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Deutschlands.

Die Spaltung Deutschlands bedeutet zugleich die Besetzung der beiden deutschen Teilstaaten und Westberlins durch die Truppen der beiden imperialistischen Supermächte. Für das werktätige deutsche Volk heißt das doppelte Ausbeutung und Unterdrückung. Die Werktätigen in der DDR werden vom russischen Sozialimperialismus und von der neuen Bourgeoisie der DDR ausgebeutet und unterdrückt. Sie müssen nicht nur für die Profite der neuen DDR-Kapitalisten schuften, sondern auch zur Stillung der unersättlichen Profitgier der neuen Zaren im Kreml. Nicht nur die wuchernde DDR-Bürokratie mästet sich an ihrem Schweiß, die Werktätigen der DDR werden auch zu immer größerer Arbeitshetze getrieben, um die sowjetischen Besatzertruppen auszuhalten und Moskaus Kriegsvorbereitungen mitzufinanzieren. Ähnlich ist die Lage für die Werktätigen in Westdeutschland und Westberlin. Auch sie werden nicht nur durch die einheimische Bourgeoisie, die westdeutschen Imperialisten, ausgebeutet und unterdrückt, sondern sie sind gleichzeitig der Ausplünderung durch die amerikanischen Monopole ausgesetzt. Ihnen werden nicht nur die Steuern zur Finanzierung des westdeutschen Staatsapparates und der Bundeswehr abgepreßt, sondern auch die Milliarden zum Unterhalt der US-Besatzer und zur Finanzierung der Nato, des aggressiven Militärblocks des USA-Imperialismus. Sie schuften nicht nur für Krupp, Thyssen und Konsorten, sondern auch für Ford, General Motors, Rockefeller und die anderen Wall-Street-Magnaten.

Schließlich hat die Spaltung der deutschen Nation und die damit verbundene Tatsache, daß sich auf deutschem Boden die Truppen der beiden imperialistischen Supermächte und ihre aggressiven Militärblöcke Nato und Warschauer Pakt waffenstarrend gegenüberstehen, Deutschland zu einem Brennpunkt der Rivalität der beiden Supermächte im Kampf um die Weltherrschaft gemacht. Deutschland droht zum Zentrum eines imperialistischen Krieges zwischen den beiden Supermächten zu werden, eines Krieges, an dem aller Wahrscheinlichkeit nach der westdeutsche Imperialismus auf der Seite des USA-Imperialismus und das Honecker-Regime an der Seite des russischen Sozialimperialismus teilnehmen würden, eines Krieges also, in dem die deutschen Werktätigen aus Ost und West sich gegenseitig für die Interessen Washingtons und Moskaus und ihrer deutschen Ausbeuter und Unterdrücker abschlachten sollen.

All das verleiht der nationalen Frage in Deutschland große Bedeutung und der Programmentwurf unserer Partei trägt dem in vollem Umfang Rechnung. Unsere Partei, die die Partei der sozialistischen Revolution, der Errichtung der Diktatur des Proletariats und der Weiterführung der Revolution bis zum Kommunismus ist, vertritt so auch als konsequenteste Kraft die nationalen Interessen unseres Volkes:

„Die KPD/ML kämpft darum für den Zusammenschluß aller werktätigen, patriotischen Deutschen, unabhängig von ihrem religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnis, ihrer Organisations- und Parteizugehörigkeit, in einer nationalen, revolutionären Front für die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands. Die nationale Front kämpft

* *gegen die beiden imperialistischen Supermächte und ihre deutschen Handlanger und Komplizen, die die Teilung der deutschen Nation aufrechterhalten wollen und gegen alle Kräfte, die die Interessen der deutschen Nation verraten;*
* *gegen die Stationierung der Besatzertruppen auf deutschem Boden und für ihre Vertreibung;*
* *für den Austritt Westdeutschlands aus der Nato und Ostdeutschlands aus dem Warschauer Pakt;*
* *gegen jede politische, wirtschaftliche, kulturelle und militärische Unterdrückung der deutschen Nation."* (Programmentwurf S. 165)

Diese Einschätzung der nationalen Frage im Programmentwurf unserer Partei geht aus vom Standpunkt und von den Interessen der Arbeiterklasse und der Werktätigen Deutschlands. Sie hat nichts gemein mit der reaktionären chauvinistischen Hetze der westdeutschen Imperialisten und ihren revanchistischen Gelüsten zur Wiedereroberung der DDR. So wie unsere Partei entschieden den Revanchismus des westdeutschen Imperialismus bekämpft, so bekämpft sie die aggressiven Ambitionen beider Supermächte, die darauf abzielen, jeweils ganz Deutschland ihrer Herrschaft zu unterwerfen. Im Programmentwurf unserer Partei heißt es:

„Die KPD/ML tritt allen Versuchen der Reaktion entgegen, mit nationaler Demagogie die patriotische Bewegung für imperialistische Ziele zu mißbrauchen. Sie tritt dafür ein, daß unter den heutigen Bedingungen nur das Proletariat in der Lage ist, die Führung der Nation zu übernehmen, daß die Interessen der deutschen Nation nicht auf imperialistischer Grundlage, sondern nur im Kampf gegen die beiden imperialistischen Supermächte und ihre deutschen Komplizen und Vasallen in einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland verwirklicht werden können." (Programmentwurf S. 165)

Der Programmentwurf unserer Partei tritt so entschieden jener internationalen opportunistischen, antimarxistischen Strömung entgegen, wie sie z.B. der Provokateur Vilar in Portugal und in Westdeutschland als wichtigste Organisation die GRF(KPD) vertritt. Kern dieser Linie ist es, unter dem Vorwand des Kampfes für nationale Unabhängigkeit gegen die beiden Supermächte (in der Praxis sogar nur gegen den russischen Sozialimperialismus) den Kampf für die sozialistische Revolution einzustellen und sich mehr oder weniger offen mit der eigenen Bourgeoisie zu verbünden. Diese internationale sozialchauvinistische Strömung verfälscht vollständig die Lehren des Marxismus-Leninismus über die Rolle der nationalen Frage in einem kapitalistischen und imperialistischen Land. Sie erklärt den Kampf für die nationale Unabhängigkeit zur Hauptaufgabe der Arbeiterklasse und der Werktätigen in den kapitalistischen und imperialistischen Ländern und ordnet den Kampf für die sozialistische Revolution dem Kampf für die nationalen Interessen unter. Dagegen stellte Lenin fest: *„Es unterlag für Marx keinem Zweifel, daß im Vergleich zur Arbeiterfrage die nationale Frage von untergeordneter Bedeutung ist. Aber von einer Ignorierung der nationalen Bewegung ist seine Theorie himmelweit entfernt."*

Entsprechend den Lehren von Marx und Lenin ignoriert der Programmentwurf unserer Partei die ungelöste Frage der deutschen Nation nicht, sondern mißt ihr große Bedeutung bei, aber er ordnet sie der „Arbeiterfrage", also dem Kampf für die sozialistische Revolution unter: *„Deshalb ist die Lösung der nationalen Frage, die Wiedervereinigung und Erringung der nationalen Unabhängigkeit Deutschlands, untrennbar mit der allgemeinen und übergeordneten Frage der sozialistischen Revolution in ganz Deutschland verbunden."* (Programmentwurf S. 132)

Jene Opportunisten, die wie die GRF(KPD) die nationale Frage über den Kampf für die sozialistische Revolution stellen, stellen die antimarxistische Behauptung auf, in einem imperialistischen Land könne der nationale Widerspruch der Hauptwiderspruch sein, der alle anderen Widersprüche — also auch den Widerspruch Proletariat und Bourgeoisie — bestimmt. Diese Behauptung soll dazu dienen, das Bündnis mit der eigenen Bourgeoisie, das die Opportunisten mehr oder weniger offen anstreben, vorzubereiten. Denn wenn der nationale Widerspruch wichtiger ist als der Klassenwiderspruch — warum sollte das Proletariat sich dann nicht mit der eigenen Bourgeoisie um der „hohen nationalen Ziele" willen zusammenschließen? „Burgfrieden statt Klassenkampf" — das ist schon seit 1914 die Parole der Sozialchauvinisten in Deutschland.

Gegen diese antimarxistische Auffassung verteidigt der Programmentwurf unserer Partei die Lehre des Marxismus-Leninismus, daß in einem kapitalistischen und imperialistischen Land der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie stets der Hauptwiderspruch ist, der alle anderen gesellschaftlichen Widersprüche bestimmt und dem alle anderen Widersprüche einschließlich des nationalen Widerspruchs untergeordnet sind. So legt der Programmentwurf unmißverständlich fest, daß unsere Partei stets gegen alle Versuche der Opportunisten kämpfen wird, die Arbeiterklasse unter dem Vorwand des Kampfes für nationale Interessen zu einem Bündnis oder Burgfrieden mit der Bourgeoisie, sei es mit der westdeutschen Bourgeoisie oder mit der neuen ostdeutschen Bourgeoisie, zu bewegen.

Der Programmentwurf unserer Partei nimmt so zur nationalen Frage eine prinzipienfeste marxistisch-leninistische Haltung ein: vom Standpunkt und den Interessen der Arbeiterklasse und der Werktätigen ausgehend gegen jede politische, wirtschaftliche, militärische und kulturelle Unterdrückung der deutschen Nation zu kämpfen, in diesem Kampf die führende Rolle der Arbeiterklasse zu verwirklichen und den Kampf mit dem Ziel zu führen, die sozialistische Revolution zu beschleunigen und ihre Basis im werktätigen Volk zu verbreitern. Unsere Partei hält die Fahne des Kampfes für die nationalen Interessen hoch, indem sie die patriotische Bewegung vor allem dazu erzieht, daß dieser Kampf nur unter der roten Fahne eines sozialistischen Deutschlands siegen kann: *„Das deutsche Volk wünscht die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands. Es wünscht ein vereintes, unabhängiges, friedliebendes Deutschland, in dem keine russischen und amerikanischen Panzer rasseln, in dem keine sowjetischen ‚Kooperationsverträge' und amerikanischen Konzerne die Arbeiterklasse zusätzlich ausbeuten, es wünscht ein Deutschland, in dem es für die breiten Massen echte Demokratie gibt. Ein solches Deutschland kann nur ein sozialistisches Deutschland sein. Das deutsche Volk will weder ein Deutschland unter der Diktatur des westdeutschen Finanzkapitals, des westdeutschen Imperialismus, noch ein Deutschland ostdeutscher, sozialfaschistischer Prägung. Ein solches Deutschland wäre nicht unabhängig, weil es unter der Vorherrschaft des USA-Imperialismus oder des russischen Sozialimperialismus stehen würde. Ein solches imperialistisches Deutschland wäre kein friedliebender Staat, sondern eine Bedrohung für die Völker Europas, die sich mit einem vereinigten imperialistischen Deutschland niemals abfinden könnten und würden. Ein solches Deutschland würde den werktätigen Menschen keine Demokratie, sondern erneut die Diktatur der Ausbeuter bringen. Eine Wiedervereinigung Deutschlands, die den Interessen der deutschen Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen deutschen Volkes entspricht, kann deshalb nur in einem unabhängigen, sozialistischen Deutschland erfolgen."* (Programmentwurf S. 131/132)

Diese marxistisch-leninistische Haltung unserer Partei macht den Programmentwurf auch in der nationalen Frage zu einer entschiedenen Kampfansage an die modernen Revisionisten der SED, SEW und der D„K"P, die auch die nationalen Interessen unseres Volkes von Grund auf verraten haben und die heute die Spaltung Deutschlands zementieren wollen. Er ist gleichzeitig eine scharfe Absage an jene opportunistische Position, die Ausdruck des Einflusses des modernen Revisionismus innerhalb der revolutionären Bewegung ist und die beispielsweise der KBW vertritt, der die Spaltung der deutschen Nation durch den Imperialismus ebenfalls rechtfertigt und im Schlepptau der modernen Revisionisten gegen die nationalen Interessen unseres Volkes auftritt.

Mit ihrer prinzipienfesten Haltung zur nationalen Frage stellt unsere Partei sich in die Tradition der ruhmreichen KPD Ernst Thälmanns, die im Kampf für die sozialistische Revolution auch die nationalen Interessen des deutschen Volkes entschieden verteidigt hat, ohne jemals die Klasseninteressen des Proletariats zu vernachlässigen oder gar an die zweite Stelle zu setzen. Unsere Partei knüpft an den Kampf der revolutionären KPD nach dem zweiten Weltkrieg an, der, wie der Programmentwurf ausführlich darlegt, stets von der Einheit der deutschen Nation ausging.

Der Programmentwurf unserer Partei ist Ausdruck der Tatsache, daß die KPD/ML die einzige Partei ist, die in ganz Deutschland, in der Bundesrepublik, in Westberlin und in der DDR für die sozialen und nationalen Interessen des werktätigen Volkes kämpft. Er bringt aber auch zugleich klar zum Ausdruck, daß unsere Partei, die den Kampf des werktätigen deutschen Volkes für seine soziale und nationale Befreiung verkörpert, fest auf dem Boden des proletarischen Internationalismus und der sozialistischen Weltrevolution steht: *„Die KPD/ML, die sich an die Spitze des Kampfes für die nationalen Interessen stellt, trägt in die Einheitsfront den Geist des proletarischen Internationalismus, tritt innerhalb der Einheitsfront für die Unterstützung der revolutionären Kämpfe der Arbeiter aller Länder und der unterdrückten Völker und Nationen ein. Sie weist dem deutschen Volk so den Weg, sich in die internationale Einheitsfront gegen Imperialismus, besonders die beiden Supermächte, und Reaktion einzureihen."* (Programmentwurf S. 166)

CSU - neue 4. Partei?

Ein Hort der schwärzesten Reaktion

Nachdem die Streitigkeiten zwischen CDU und CSU in den letzten Wochen nach den Bundestagswahlen sich verschärft hatten, fällte die CSU-Führung unter Strauß am letzten Freitag ihre Entscheidung: Nach 27jähriger Zusammenarbeit soll die Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU aufgelöst werden. Die CSU will künftig als eigenständige Partei im Bundestag auftreten. Praktisch bedeutet dies, daß die CSU künftig noch offener faschistische Parolen und Losungen verbreiten und zu einem Kristallisationspunkt offen revanchistischer und faschistischer Kräfte werden wird.

In Bonn war der Wirbel groß. Das ganze stets als fest und beständig dargestellte parlamentarische Parteiensystem geriet in Bewegung. Das Karussel „Wer mit wem?", „Wer auf welchem Posten?" geriet in Fahrt. Strauß' Loslösung von der CDU hatte offenbar einen Stein ins Rollen gebracht.

Noch der Ausgang der Bundestagswahlen wurde von den bürgerlichen Ideologen als Beweis dafür präsentiert, wie stabil und funktionstüchtig der Parlamentarismus mit seinen festgefügten Parteien sei. Mit einem Hinweis auf die schwere Krise des Parlamentarismus in Italien wurde stolz auf die drei „festgefügten Parteien des Bundestages" verwiesen. Tatsächlich aber täuschte diese Demagogie über die wirklichen Verhältnisse hinweg: Schon lange haben sich die Widersprüche im Lager der bürgerlichen Parteien verschärft. Zwischen CDU und CSU häuften sich die Streitpunkte in den Fragen des Vorgehens – ob man mit Strauß eher auf offenere faschistische Parolen und Losungen setzen oder sich mehr wie Biedenkopf mit dem Mantel der „Solidarität" und „Demokratie" umgeben soll. Die sogenannten „Freundeskreise" von Strauß taten das Ihre, um diese Widersprüche zu verschärfen. Nicht anders innerhalb der SPD: Auch hier gibt es Tendenzen, sich gleich mehrfach in Juso-Richtung, Schmidt-Kurs und in den Kreis um die Erler-Gesellschaft zu spalten. Und auch in der FDP gärt es, wie die Auseinandersetzungen um den ehemaligen Generalsekretär Bangemann zeigen.

Das Lager der bürgerlichen Parteien ist auch in Westdeutschland keineswegs so stabil, wie es von seinen Propagandisten gern dargestellt wird. In dem Maße, wie sich die wirtschaftliche und politische Krise verschärft, und in ihrer Folge der Klassenkampf sich zuspitzt, hat die Zersetzung und der Zerfall im Lager der bürgerlichen Parteien zugenommen und nimmt weiter zu. Zwar bemühen sich die bürgerlichen Ideologen, die Spaltung in eine zunehmende Anzahl von Parteien, wie dies besonders deutlich in Italien zu sehen ist, als „Entfaltung eines breiteren Spektrums" und damit als „Entfaltung der bürgerlichen Demokratie" zu verkaufen. Tatsächlich aber offenbart diese Entwicklung den Zerfall der bürgerlichen Demokratie, offenbart immer deutlicher, daß nicht diese oder jene Partei, sondern das Finanzkapital seine diktatorische Herrschaft im Kapitalismus ausübt, während der Parlamentarismus nur ein Deckmantel ist, der, zunehmend zerrissener und geflickter, immer unansehnlicher wird.

In der offiziellen Erklärung der CSU ließ Strauß die Sache herunterspielen: Man habe sich von der CDU getrennt, um im Parlament einen eigenen Fraktionssprecher zu stellen, mehr Redezeit zu erhalten usw. Doch der politische Sinn der Lösung von der CDU besteht im Aufbau einer bundesweiten vierten Partei, der CSU. Und dieser Aufbau ist bereits weitgehend vorbereitet durch die vielfach gegründeten „Freundeskreise der CSU".

Warum aber ist Strauß diesen Weg der Trennung von der CDU gegangen? Geht es ihm, wie es in bürgerlichen Zeitungen anklingt, nur um eigene Macht? Zweifellos gieren alle diese bürgerlichen Politiker, die eine Ausgeburt des Kapitalismus sind, in heftiger Konkurrenz zueinander um hohe und höchste Posten im Apparat der Bourgeoisie. Und Strauß ist gewiß ein besonders rigoroser Konkurrent unter seinesgleichen.

Vor allem aber geht es Strauß und der CSU-Führung mit der Loslösung von der CDU und der Schaffung einer bundesweiten CSU darum, sich klarer und direkter als offen reaktionäre „Kampfpartei" des Monopolkapitals zu profilieren, die weitaus offener als SPD, FDP und CDU faschistische Parolen und Losungen propagiert. Eine solche CSU wird für alle jene faschistischen Elemente und Organisationen ein Kristallisationspunkt sein, die gegenwärtig noch zersplittert und ohne einheitliche politische Führung ihrem konterrevolutionären Handwerk nachgehen. Bisher schon hat Strauß als Vorsitzender der CSU sich am direktesten und lautesten für die revanchistischen Interessen des westdeutschen Monopolkapitals und am entschiedensten für brutale Faschisierungsmaßnahmen eingesetzt.

Es ist klar, daß die westdeutsche Bourgeoisie in dem Maße, wie sie die Faschisierung über den kapitalistischen Staatsapparat vorantreibt, auch die politischen Kräfte fördern und in entsprechende Positionen hieven wird, die am offensten (wenn auch geschickter als die NPD und ähnliche faschistische Organisationen) und mit entsprechendem Einfluß faschistische Losungen und Ideen propagieren und verbreiten. Das ist es, worauf die CSU mit der Loslösung von der CDU spekuliert. Es ist eine Antwort der Bourgeoisie auf die Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Krise, die auch den westdeutschen Imperialismus erfaßt hat, auf die Zuspitzung des Klassenkampfes, der an Breite und Tiefe im Proletariat gewinnen wird.

Die Antwort der Arbeiterklasse darauf muß und wird ein noch entschiedenerer Kampf gegen die Faschisierung, die vor allem vom kapitalistischen Staatsapparat ausgeht, sein, eine größere Wachsamkeit gegenüber den Ambitionen der Bourgeoisie, eine faschistische Herrschaft zu errichten, und eine breite, schonungslose Entlarvung und Bekämpfung aller faschistischen Kräfte und Ideologen vom Schlage eines Strauß, Dregger, Zogelmann und ihrer Unterabteilungen, ein noch schärferer Kampf für die proletarische Revolution, die allein und ein für allemal mit dem braunen Pack aufräumen vermag.

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

REUTLINGEN

In einem Brief berichtet uns Genosse Klaus Kercher, der im Juni dieses Jahres in einem Prozeß wegen des Roten Antikriegstages zu 16 Monaten ohne Bewährung verurteilt worden war: „Am 4. November hat das Bayrische Oberste Landesgericht beschlossen, die Revision gegen das Urteil in meinem Roten-Antikriegstags-Prozeß vom 1. Juni 76 (16 Monate ohne Bewährung) als ‚offenkundig unbegründet' abzulehnen. Es behauptet auch, daß es wegen dieser Ablehnung meinen Haftbefehl, dessentwegen ich mich wöchentlich einmal bei der Polizei melden muß, nicht aufheben könnte. Obwohl mein Anwalt ihnen klar gemacht hat, daß soziale Bindungen bestehen: seit September bin ich verheiratet und wir erwarten ein Kind (der Haftbefehl besteht wegen ‚Fluchtgefahr' !). Schon vorher hatte ich einen festen Arbeitsplatz und einen festen Wohnsitz. Die Ablehnung der Revision kann bedeuten, daß ich noch vor Jahresende ins Gefängnis muß.

Rot Front!"

DÜSSELDORF

Anläßlich der Ermordung der fünf spanischen Patrioten wurde vor rund einem Jahr eine spontane Demonstration in der Düsseldorfer Innenstadt durchgeführt. Sie wurde von Polizei mit Knüppeln brutal angegriffen. Ungefähr 10 Demonstranten wurden verhaftet, einige wurden auch verletzt. Am 8. 11. standen nun drei Genossen der GRF und ein Sympathisant der Partei vor der Klassenjustiz. Sie wurden wegen „Widerstand", „Körperverletzung", „Verleumdung" und „Beleidigung" zu zweimal 1 800 DM, einmal 900 DM und einmal zu einer Woche Jugendarrest verurteilt. Der Staatsanwalt hatte für einen Angeklagten sogar 6 Monate Gefängnis gefordert.

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30

SCHÜLERKOMITEE MINDEN DES KOV DER GRF SCHLIESST SICH DER PARTEI AN

Liebe Genossen!

Die KPD/ML ist die einzige marxistisch-leninistische kommunistische Partei! Mit dieser Feststellung trat am 11.9. das Schülerkomitee Minden des Kommunistischen Oberschülerverbandes (KOV) der GRF aus dem KOV aus, und legte die „Rote Fahne"-Verantwortliche für Minden ihre Verantwortlichkeit nieder und schlossen sich der Partei an.

Wie kamen wir zur Partei?

In den letzten Monaten spitzten sich bei uns eine ganze Reihe von Widersprüchen zur GRF zu:

1. Der Kampf für den Sozialismus wurde faktisch von der Tagesordnung gesetzt – so wurde in entscheidenden ökonomischen Artikeln der Sozialismus überhaupt nicht erwähnt! Stattdessen las man an den unmöglichsten Stellen, es sei die vordringlichste Aufgabe, die Einheitsfront gegen die Supermächte aufzubauen. Somit wurde eine nationale Zwischenetappe eingeführt und die Einheitsfront dem Kampf für den Sozialismus übergeordnet, anstatt umgekehrt!

2. Da wir den „Roten Morgen" abonniert hatten, fielen uns immer mehr die Verleumdungen und Lügen in der „Roten Fahne" über die KPD/ML auf, so zuletzt geschehen im RF-Artikel zum Wahlboykott der KPD/ML (RF 35/76, S. 12). Eine kommunistische Partei hat Lügen nicht nötig, sie ist den Massen gegenüber zu schonungslosester Wahrheit verpflichtet!

3. Neue Positionen wurden eingeführt, ohne Selbstkritik zu leisten; man konnte sich nur wundern und es glauben oder nicht, so geschehen am Beispiel der FRAP und des Hauptfeindes für Spanien. Dort war mal der Sozialimperialismus der Hauptfeind für Spanien (was dann zum Bruch mit der FRAP führte) und wenig später plötzlich der US-Imperialismus! Was soll man von der Ernsthaftigkeit einer solchen Partei halten!

4. Allmählich bekamen wir dann auch Widersprüche zur Gründung der GRF und sahen langsam einen Zusammenhang zwischen ihrem Versöhnlertum mit der Bourgeoisie und ihrer legendären Gründung. Hier begannen wir das Studium der neuesten Broschüre der Partei („Die Hindernisse . . .") und da fiel es uns – und nicht nur uns! – wie Schuppen von den Augen! Nicht zuletzt begeisterte uns an diesem Buch die hervorragende marxistisch-leninistische Herangehensweise und die klaren Analysen! Als wir sahen, daß es nur eine kommunistische Partei gibt und diese die korrekte Linie vertritt, faßten wir den einzig konsequenten Entschluß und schlossen uns der Partei an. Wir möchten jeden GRF-Sympathisanten auffordern, sich ebenfalls damit auseinanderzusetzen und für die Einheit der Marxisten-Leninisten in der einen kommunistischen Partei, der KPD/ML, zu kämpfen!

Vorwärts mit der KPD/ML!

Vorwärts mit der ROTEN GARDE in Minden!

Rot Front!

Fünf Genossen aus Minden

EAP-FASCHISTEN HETZEN POLIZEI AUF JUNGARBEITER

Am 10. 11. zeigten die EAP-Faschisten wieder einmal ihr wahres Gesicht: sie hatten vor dem Mainzer Hauptbahnhof einen AP-Stand aufgebaut und beschimpften die stehenbleibenden Werktätigen, die allesamt gegen die konterrevolutionäre Politik der EAP (Propagierung der sozialimperialistischen Sowjetunion, Hetze gegen die VR China) Stellung bezogen, als Dummköpfe. Ein zufällig vorbeikommender unorganisierter Jungarbeiter sagte daraufhin zu einem EAPler, er sei ein CIA-„Kommunist". Damit hatte er den Nagel auf den Kopf getroffen, denn die EAP betreibt im Mäntelchen der „Arbeiterpartei" tatsächlich das Geschäft des CIA.

Entsprechend reagierte der EAPler dann auch: der Typ kam hinter seinem Büchertisch hervor und verlangte Namen und Adresse des Jungarbeiters für eine Beleidigungsklage! Die Adresse bekam er nicht, wohl aber erntete er das Hohngelächter der Umstehenden. Flugs stürmte er daraufhin zur nächsten Telefonzelle – und drei Minuten später war die Polizei da, die die Personalien des Jungarbeiters feststellte und die Anzeige der EAP aufnahm.

Dieser Vorfall zeigt klar, was die EAP ist: eine Agentenorganisation der Bourgeoisie, die die Aufgabe hat, Verwirrung zu stiften, zu provozieren und Kommunisten und klassenbewußte, unorganisierte Kollegen ans Messer der Bourgeoisie und ihrer Polizei zu liefern. Schon letztes Jahr denunzierte z. B. die EAP in Hannover fünf Genossen der GRF namentlich und mit Adresse in einem zentralen Flugblatt als „maoistische Schläger", dieses Jahr schickten EAPler in Ingelheim bei Mainz dem KBW die Polizei auf den Hals, da der KBW keine Standgenehmigung für einen Lit-Tisch hatte.

Mit diesem Pack darf es keine Diskussionen geben, hier gibt es nur noch eines: dem Klassenfeind die Faust ins Gesicht!

Rot Front! Ein Mainzer Rotgardist.

Veranstaltungen

Zum 7. Parteitag der PAA: Heidenheim 27. 11., 16 Uhr, „Sonneneck", Friedenstr. 12
Wolfsburg 1. 12., 19 Uhr, „Schwanensee", Hansa-Platz

Der Bau des Kernkraftwerks Biblis, Block C, muß verhindert werden!
Bensheim 28. 11., 18 Uhr, „Dalberger Hof"

Veranstaltung mit dem Film „Rote Raketen":
Hannover 27. 11., 17 Uhr, Freizeitheim Linden

Veranstaltung der Gesellschaft der Freunde Albaniens zum albanischen Gesundheitswesen:
Bremen 3. 12., 19 Uhr, „Weidenhöfer Gaststätte", Bremen-Osterholz, Grenzwehr 46.

Mit Unterstützung der Bundesregierung

Faschistischer Massenmörder Kappler in Italien freigelassen

Ein römisches Militärgericht hat den Nazikriegsverbrecher und Massenmörder Kappler, der nach dem Krieg in Italien zu lebenslangem Gefängnis verurteilt worden war, freigelassen. Kappler war SS-Obersturmbannführer und während des Krieges für die deutschen Faschisten Polizeichef in Rom.

Verurteilt wurde er, weil ihm die Verantwortung für den Mord an 335 Menschen nachgewiesen werden konnte, die von den Nazifaschisten als Geiseln genommen waren. Aber das ist nur ein kleiner Teil der Verbrechen Kapplers. Als Polizeichef von Rom war er verantwortlich für den grausamen Terror, die Folter und den Mord an ungezählten fortschrittlichen Menschen, an Antifaschisten und Kommunisten – für all die Verbrechen, die die deutschen Faschisten nach dem Sturz Mussolinis in Rom und Umgebung auf dem Gewissen haben. Seine Freilassung ist ein Schlag ins Gesicht für all diejenigen, die in Italien und anderswo gegen die faschistische Barbarei gekämpft haben, die in diesem Kampf gefallen sind.

Bei der Freilassung Kapplers haben die westdeutschen Imperialisten ihre Hand im Spiel. Es ist noch nicht lange her, daß sich hundert Bundestagsabgeordnete aller Parteien für seine Entlassung eingesetzt haben. Und schon vorher hatten Bundeskanzler Schmidt und Bundespräsident Scheel in ähnlichem Sinn an die italienische Regierung geschrieben. Die westdeutschen Imperialisten können das Erbe, das sie angetreten haben, nur schlecht verleugnen. In ihrer Armee und ihrem Staatsapparat tummeln sich die alten Faschisten, und die Faschisierung, die Unterdrückung der Werktätigen wird schnell vorangetrieben. Sie halten ihre Hand schützend über die Kriegsverbrecher und faschistischen Massenmörder. Um ihre Ausbeuterherrschaft aufrechtzuerhalten, werden sie im gegebenen Moment nicht zögern, erneut eine offene faschistische Diktatur zu errichten, um den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen niederzuschlagen.

Das gleiche ist in Italien: Einst hat die italienische Monopolbourgeoisie Mussolini in den Sattel gehoben und ihre faschistische Diktatur über das Volk errichtet, um die Revolution zu unterdrücken und freie Hand für ihre Großmachtpläne zu bekommen. Mussolini wurde gestürzt, aber die Herrschaft der Monopolbourgeoisie existiert weiter. Und sie fördert heute wieder die faschistischen Banden und Schläger und bereitet sich darauf vor, eine erneute faschistische Diktatur zu errichten. Die Freilassung Kapplers paßt hier nur allzugut ins Bild.

Die offenen und verkappten Faschisten, die jetzt in Italien und bei uns aus ihren Löchern kriegen und Morgenluft wittern, werden aber die eiserne Faust des Proletariats, der revolutionären und antifaschistischen Kämpfer zu spüren bekommen. Diese Faust wird sie auch mitsamt ihren Hintermännern, den Monopolbourgeoisie, letzten Endes in der proletarischen Revolution hinwegfegen und ihnen niemals wieder erlauben, ans Licht zu kommen.

Erst 700 DM Geldstrafe – jetzt 4 Monate Gefängnis

Fortsetzung von Seite 1

die Richterin dann aussprach: sechs Monate ohne Bewährung gegen beide Genossen. (In der ersten Instanz hatte auch die Staatsanwaltschaft eine Geldstrafe gefordert).

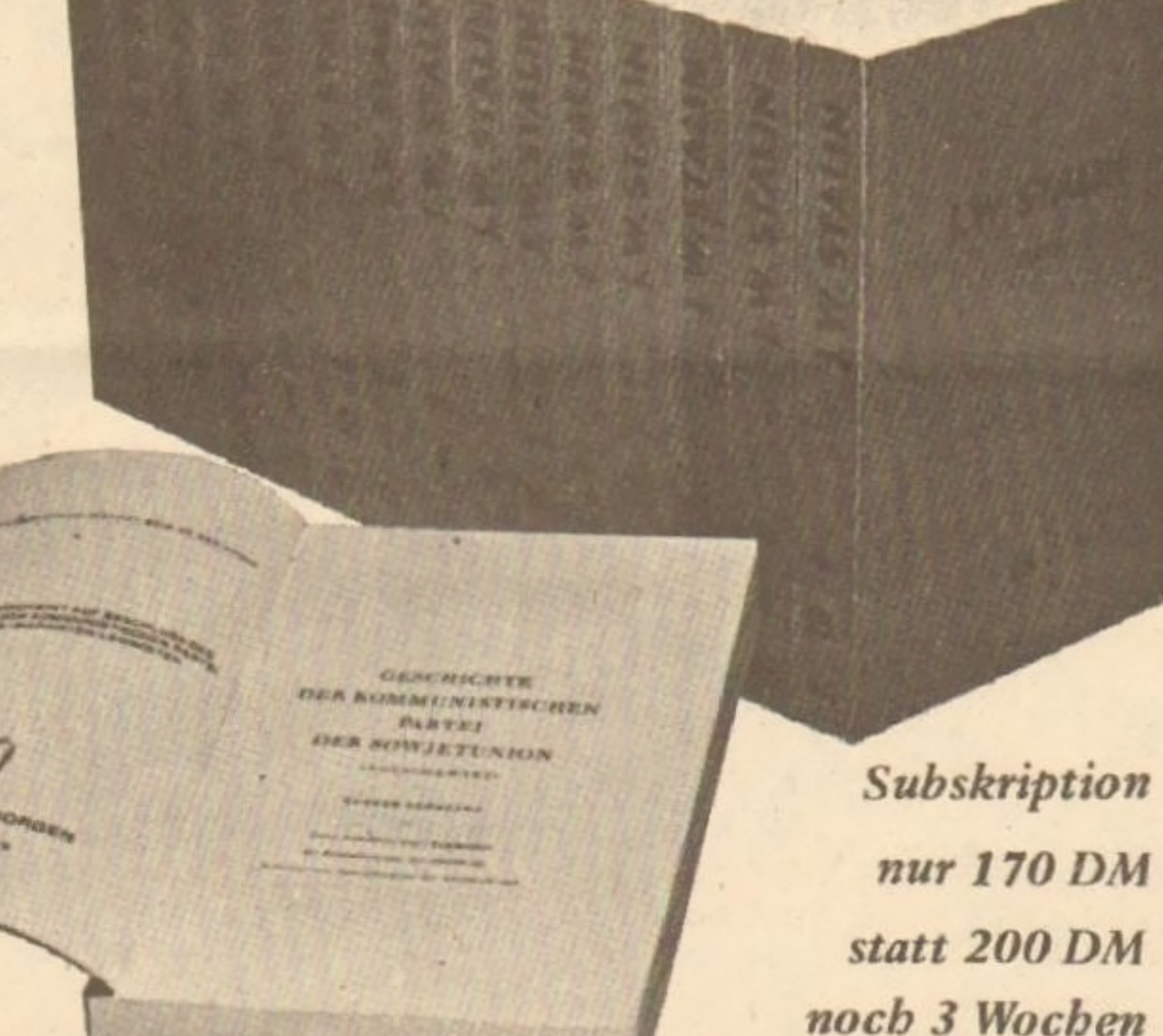
Innerhalb nur eines Jahres hat sich die Verfolgung des „Roten Morgen" also erheblich verschärft. Der Staatsanwalt dazu in seinem Plädoyer sinngemäß: Zunächst hat die Staatsanwaltschaft Strafbefehle beantragt, weil sie hoffte, daß die Sache dann erledigt wäre. Aber da hat sich die Staatsanwaltschaft 1974 geirrt.

Was heißt das? Das heißt, die Bourgeoisie hatte zunächst die Hoffnung, sie könne die Partei durch finanziellen Druck erpressen und sie dazu bringen, ihre für die Bourgeoisie unannehmbare revolutionäre Politik aufzugeben zugunsten einer auch für die Bourgeoisie annehmbaren „Kritik an einzelnen Mißständen". Diese Hoffnung ist fehlgeschlagen. Deshalb greift die Bourgeoisie jetzt verstärkt zu dem Mittel, führende Genossen der Partei – bzw. solche Genossen, die sie dafür hält – auszuschalten, indem sie sie ins Gefängnis sperrt. So ist allein Genosse Gernot Schubert in Prozessen gegen den „Roten Morgen" zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt worden. **Ein weiterer Prozeß, in dem wiederum mit einer hohen Gefängnisstrafe zu rechnen ist, steht noch aus. Die Bourgeoisie konzentriert sich deshalb auf diese Genossen, weil sie hofft, die Partei damit nicht nur organisatorisch schwächen, ihr Kräfte rauben, sondern ihr auch politisch einen Schlag versetzen zu können. Deshalb sind diese Angriffe der Bourgeoisie Angriffe auf die ganze Partei. Sie müssen von uns auch so verstanden und beantwortet werden.** Dabei ist allerdings eins klar: sollten die Staatsanwälte und Richter glauben, sie könnten mit dem Mittel der Gefängnisstrafen ihr Ziel erreichen, daß die Partei den unerbittlichen Kampf gegen die Bourgeoisie für „erledigt" betrachtet, dann begehen sie den gleichen Irrtum wie vor zwei Jahren. Der Marxismus-Leninismus läßt sich nicht verbieten!

Wichtige Bücher zum Lesen und Schenken

J. W. STALIN: Gesammelte Werke in 16 Bänden

Die Gesammelten Werke J. W. Stalins in 16 Bänden werden auf Beschluß des ZK der KPD/ML herausgegeben. Die 16bändige Gesamtausgabe der Werke J. W. Stalins ist eine erweiterte Neuauflage der im Jahre 1971 auf Beschluß des ZK der KPD/ML herausgegebenen Bände 1 bis 13 und 15 und des im Jahre 1973 herausgegebenen Bandes 17 der Werke J. W. Stalins.



Subskription nur 170 DM statt 200 DM noch 3 Wochen bis zum 15. 12. 76

Biographien, Reportagen Erzählungen

457 Seiten, DM 13,50.

Die Verschwörung des Blocks der Rechten und Trotzkisten gegen die Sowjetunion 1926-1936

475 Seiten DM 13,50

DM 7,50. 326 Seiten

Zu bestellen bei: ROTFRONT–VERLAG 2300 Kiel, Postfach 3746

Lieder der Arbeiterklasse



Lob des Kommunismus. Erste Langspielplatte der KPD/ML mit revolutionären Liedern und Musik der deutschen Arbeiterklasse. Mit illustriertem Textheft. 33 Stereo, 20 DM, Verlag Roter Morgen.

* * *

Liederbuch – Völker, hört die Signale! Revolutionäre Kampflieder der Arbeiterklasse. Eine Sammlung von Liedern aus der Arbeiter- und Bauernbewegung mit Noten, einer Gitarrengriff-Tabelle, Illustrationen. Elastischer Kunststoffeinband, Format A6. 214 S., 5,40 DM. Zu bestellen bei: GEWISO-Buchvertrieb.

Studiert die Werke des Genossen Enver Hoxha!



DM 24,00 781 Seiten

DM 17,00 356 Seiten Kunstledereinband

Genosse Enver Hoxha, der geliebte Führer der albanischen Kommunisten und des ganzen albanischen Volkes, ist ein großer Lehrer der Arbeiterklasse. Seine Werke sind eine scharfe Waffe in den Händen der Marxisten-Leninisten, des internationalen Proletariats und der um ihre Befreiung kämpfenden Völker im Kampf gegen Imperialismus und Revisionismus. Genosse Enver Hoxha ist der bedeutendste lebende Marxist-Leninist. Dies bestätigt ein weiteres Mal seine Rede auf dem 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens – ein historisches Dokument des Marxismus-Leninismus, von aktueller und hervorragender Bedeutung für den Kampf gegen Opportunismus und modernen Revisionismus und für die Verteidigung der Generallinie der internationalen kommunistischen Arbeiterbewegung. Die Werke Enver Hoxhas sind ein reicher Schatz auch für die deutsche Arbeiterklasse und ihre Vorhutpartei – die KPD/ML – in ihrem Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

ENVER HOXHA

Ausgewählte Werke, Band I (Reden und Schriften aus den Jahren 1941-1948)
Dokumente der PAA gegen den Chruschtschow-Revisionismus (aus dem 19. Band der Werke Enver Hoxhas aus der Zeit von Juni-Dezember 1960)

Andere wichtige Schriften des Genossen Enver Hoxha:
Ausgewählte Reden und Aufsätze. Von 1957 bis 1974. 249 Seiten, 8,00 DM.
Rede im Namen des ZK der PAA auf der Moskauer Beratung 1960. 92 Seiten, 1,80 DM.
Rede des Ersten Sekretärs des ZK der PAA vor seinen Wählern im Wahlkreis 209 von Tirana am 3. Oktober 1974. 66 Seiten, 0,80 DM.

In Kürze erscheint in Buchausgabe vollständig im Verlag Roter Morgen: Enver Hoxha, Bericht über die Tätigkeit des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, erstattet auf dem 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens am 1. November 1976.

Vertrieb über: GEWISO-Buchvertrieb, Postfach 11 16 49, 2 000 Hamburg 11, Tel.: 040/4 10 17 36.

Bücher und Zeitschriften aus und über die Volksrepublik Albanien





Albanische Jugend – geboren und erzogen in der Revolution. Sechs Aufsätze über den Kampf der albanischen Jugend. Erstes Buch in der Reihe „Kleine Bücherei der ROTEN GARDE." 96 S., 16 Bildseiten, DM 4,00 (im Abonnement der Reihe DM 1,00 billiger). Zu bestellen beim GEWISO-Buchvertrieb.

Stürmische Jahre. 21 Kurzgeschichten und Reportagen aus der Volksrepublik Albanien. Reich illustriert, 196 S., DM 6,80. Zu bestellen beim Rotfront-Verlag, 23 Kiel 1, Postfach 3746.

Geschenkabonnements

ALBANIEN HEUTE. Eine politisch-informative Zeitschrift, behandelt Probleme des sozialistischen Aufbaus in Albanien sowie aktuelle internationale Fragen. Erscheint zweimonatlich in deutscher Sprache.

NEUES ALBANIEN. Eine politisch-gesellschaftliche Illustrierte, viele farbige Bilder, erscheint zweimonatlich in deutscher Sprache.

Abonnementpreis jeweils für ein Jahr (6 Hefte): nur 8,25 DM.
Zu bestellen beim GEWISO-Buchvertrieb.





Radio Tirana - Ausgewählte Sendungen





14tägig erscheinendes, aktuelles Nachrichtenbulletin des einzigen sozialistischen Senders Europas. Inhalt:
* Berichte über den sozialistischen Aufbau in Albanien;
* Der Standpunkt der PAA zu internationalen Fragen;
* Über die revolutionären Kämpfe in der ganzen Welt;
* Theoretische Artikel, wichtige Erklärungen und Dokumente. Einzelheft 48 S., 1 DM.

Ein Jahresabonnement nur noch 26 DM. (Einschließlich halbjährlichem Inhaltsverzeichnis.

Soeben erschienen: Aktuelle und ausführliche Sondernummer von „Radio Tirana, Ausgewählte Sendungen" zum 7. Parteitag der PAA mit Auszügen aus den wichtigsten auf dem Parteitag gehaltenen Reden, 88 Seiten, 2,00 DM.
Zu bestellen bei: Rotfront-Verlag, 23 Kiel 1, Postfach 3746, Tel.: 0431/6 19 06.

Studiert den Bericht des Genossen Enver Hoxha!

Der Bericht über die Tätigkeit des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, den Genosse Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag der Partei der Arbeit erstattete, ist nicht nur für die albanischen Kommunisten und das albanische Volk, sondern auch für die internationale kommunistische Bewegung, für den weltweiten Kampf des Proletariats und der Völker der Welt von grundlegender Bedeutung. Unsere Partei, die KPD/ML, stimmt mit der politischen Linie dieses Berichts vollkommen überein und ist der Ansicht, daß jeder deutsche Revolutionär und Marxist-Leninist sich insbesondere mit der auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus basierenden wissenschaftlichen Analyse der internationalen Lage in diesem Bericht auseinandersetzen muß. Um dies zu ermöglichen, hat der „Rote Morgen" in einer Sondernummer bereits eine Zusammenfassung des von Genossen Enver Hoxha auf dem Parteitag der PAA erstatteten Berichts abgedruckt. Mit dem folgenden Artikel soll auf einige Aspekte des Berichts eingegangen werden, die im Zusammenhang mit dem Kampf des deutschen Proletariats für die sozialistische Revolution und im Zusammenhang mit dem Kampf gegen gegenwärtig auftretende opportunistische Strömungen von besonderer Bedeutung sind.

Aus Platzgründen können wir an dieser Stelle nicht ausführlich auf die Teile des Berichts eingehen, die dem Entwurf für die Verfassung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, dem sozialistischen Aufbau, der Festigung der Partei und der Stärkung ihrer führenden Rolle sowie dem Kampf der Partei an der ideologischen Front gewidmet sind. Wir empfehlen aber allen Genossen und Freunden diese Teile zum Studium, da in ihnen nicht nur die von Marx, Engels, Lenin und Stalin entwickelten Lehren über die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats, über die Fortführung des Klassenkampfes unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats, über den sozialistischen Aufbau und über die Rolle und die Aufgaben der marxistisch-leninistischen Partei in der Periode des Sozialismus konsequent angewandt werden, sondern gleichzeitig im Kampf gegen den revisionistischen Verrat — entsprechend den konkreten Bedingungen Albaniens — weiterentwickelt werden. Insofern sind diese von der PAA im Kampf gewonnenen Erfahrungen eine Bereicherung des Marxismus-Leninismus und von großer Bedeutung für den Kampf des Weltproletariats und der revolutionären Völker für den endgültigen Sieg der weltweiten Revolution und des Kommunismus.

Der Marxismus-Leninismus, der die Grundlage der Politik der PAA im Klassenkampf im eigenen Land ist, bestimmt auch die Einschätzung der internationalen Lage durch die PAA und die Außenpolitik der Volksrepublik Albanien. Was folgt daraus?

Daraus folgt, daß die PAA die Einschätzung der internationalen Lage gemäß den Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin nach den grundlegenden Widersprüchen unserer Epoche bestimmt, daß sie die Ereignisse und Entwicklungen in der heutigen Welt vom Standpunkt des Proletariats aus beurteilt und immer die Verwirklichung seiner historischen Mission, der Befreiung der ganzen Menschheit im Kommunismus, anstrebt. Denn nur so kann man Freund und Feind richtig bestimmen, eine wirklich revolutionäre Strategie und Taktik festlegen. Deshalb, so betont Genosse Enver Hoxha, kommt es darauf an, **„das heute im internationalen Maßstab vorherrschende Schlüsselproblem, den unerbittlichen Kampf, der heute zwischen der bürgerlich-revisionistischen Welt einerseits und dem Sozialismus, dem Weltproletariat und seinen natürlichen Verbündeten andererseits geführt wird"**, zu erkennen.

Die Revisionisten und Opportunisten aller Schattierungen versuchen heute mit verschiedenen Theorien, diese scharfe Trennungslinie zwischen Ausgebeuteten und Unterdrückten auf der einen, Ausbeutern und Unterdrückern auf der anderen Seite, zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu verwischen, um zu verhindern, daß das Weltproletariat und die revolutionären Völker erkennen, daß der Imperialismus auf der ganzen Linie reaktionär ist und heute nur eine Aufgabe historisch auf der Tagesordnung steht: der weltweite Sturz des Imperialismus.

Eine solche klassenmäßige Analyse, betont Genosse Enver Hoxha, ist vor allem gegenüber den beiden Supermächten, den aggressivsten und gefährlichsten Feinden, die die Geschichte bisher gekannt hat, notwendig. Die Frage ist, soll man der Bedrohung, die von diesen beiden imperialistischen Räubern ausgeht, ins Auge schauen und das Proletariat und die unterdrückten Völker zum revolutionären Kampf gegen sie erziehen und führen oder soll man den Wunsch zum Vater des Gedankens und des Handelns machen und entgegen allen Tatsachen die eine Supermacht für weniger gefährlich als die andere erklären oder sogar den Völkern vorschlagen, sich im Kampf gegen die eine auf die andere Supermacht zu stützen, also vor ihnen kapitulieren? Für Marxisten-Leninisten kann es nur eine Antwort geben, diejenige, die Genosse Enver Hoxha erteilt: **„Die Supermächte stellen einzeln oder gemeinsam in gleichem Maß und auf gleicher Ebene den Hauptfeind des Sozialismus, der Freiheit und Unabhängigkeit der Nationen dar, die größte Kraft der Verteidigung der Ausbeutungs- und Unterdrückungssysteme, die unmittelbare Gefahr, die die Menschheit in einen dritten Weltkrieg zu stürzen droht."**

Was für die Supermächte gilt, gilt genauso für ihre Militärblöcke, die Nato und den Warschauer Pakt, gilt für die EWG und den RGW. Natürlich haben die beiden Supermächte jede für sich ein Interesse daran, die Arbeiterklasse und die Völker mit dem Slogan des „Kampfes gegen die Sowjetunion" oder mit dem Slogan des „Antiimperialismus" für ihre jeweiligen imperialistischen Interessen einzuspannen. Die Völker dürfen sich deshalb auf keinen Fall Illusionen über diese Blöcke machen, etwa die EWG als einen im Interesse der Völker liegenden Zusammenschluß der Staaten gegen die Supermächte zu preisen. Sind denn die dort zusammengeschlossenen Staaten „unabhängig", nur weil dort — anders als im RGW — die Supermacht nicht mit am Verhandlungstisch sitzt? Sind sie denn keine imperialistischen, keine Ausbeuterstaaten mehr, nur weil sie innerhalb des imperialistischen Lagers, gegenüber den beiden Supermächten, „schwach" sind, man sie „zweite Welt" nennt?

Ausgehend von den Interessen des Proletariats und der unterdrückten Völker stellt die PAA deshalb fest: **„Die Partei der Arbeit Albaniens, der albanische Staat und das albanische Volk sind gegen die Nato und den Warschauer Pakt, gegen den RGW und die EWG, weil diese Organisationen das Hauptinstrumentarium der beiden Supermächte sind, weil sie sowohl die Völker Europas als auch die der Entwicklungsländer unterdrücken und in Armut stürzen, weil sie sowohl die Revolution als auch die Befreiung der Völker untergraben, weil sie versklavend sind."** Dieser Standpunkt der Partei der Arbeit ist der einzig mögliche für jeden Marxisten-Leninisten. Denn nur von diesem klassenmäßigen Standpunkt ausgehend läßt sich eine Strategie und Taktik entwickeln, die den revolutionären Interessen des Proletariats und der unterdrückten Völker nützt, die die Massen nicht in die Arme des Imperialismus treibt, sondern sie im Kampf für den Sturz des Imperialismus zusammenschließt.

Vom Standpunkt des Proletariats, vom Standpunkt aller Ausgebeuteten und Unterdrückten aus gesehen,



In einer begeisternden und kämpferischen Atmosphäre fand die Großveranstaltung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der KPD/ML zum 7. Parteitag der PAA statt. Der Saal, in dem ca. 700 Freunde und Genossen Platz genommen hatten, war feierlich geschmückt. Riesige Transparente mit den Aufschriften „Es lebe Genosse Enver Hoxha, der bedeutendste lebende Marxist-Leninist" und „Es lebe der 7. Parteitag der PAA mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze" u. a. waren an den Wänden befestigt.

kommt es vor allem darauf an, einen klaren Trennungsstrich zwischen Freund und Feind zu ziehen. „Bezeichnungen wie ‚zweite Welt', ‚dritte Welt', ‚blockfreie Länder' oder ‚Entwicklungsländer'", betont Genosse Enver Hoxha, **„verschleiern, enthüllen aber nicht den Klassencharakter dieser politischen Kräfte, die grundlegenden Widersprüche unserer Epoche, das heute im nationalen wie internationalen Maßstab vorherrschende Schlüsselproblem, den unerbittlichen Kampf, der heute zwischen der bürgerlichen und revisionistischen Welt einerseits und dem Sozialismus, dem Weltproletariat und seinen Verbündeten andererseits geführt wird."**

In diesem Kampf ist es, wie schon ausgeführt, eine vorrangige Aufgabe, einen schonungslosen Kampf gegen die beiden imperialistischen Supermächte samt ihren Macht- und Expansionsinstrumenten zu führen. Aber gleichzeitig muß man gegen die reaktionäre Bourgeoisie des eigenen Landes kämpfen. Denn alle diese Mächte bilden gemeinsam die weltweite Front des Kapitalismus, der das Proletariat und die Völker ausbeutet und unterdrückt. Genosse Enver Hoxha betont: **„Ohne die eine zu bekämpfen, kann man auch die andere nicht bekämpfen; ohne die einheimische reaktionäre Kraft bis zu deren Sturz zu bekämpfen, kann man auch den äußeren Feind nicht bekämpfen, den Krieg nicht vermeiden."**

Diese Frage gewinnt gerade angesichts der drohenden und realen Gefahr eines dritten Weltkrieges große Bedeutung. Denn immer haben die Imperialisten versucht — sowohl vor dem ersten als auch vor dem zweiten Weltkrieg — die Arbeiterklasse und die Völker angesichts eines drohenden Krieges in Schrecken und Fatalismus zu treiben, sie zum Einstellen des Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie zu bewegen. Aber man kann den drohenden Krieg nicht verhindern, indem man den blutrünstigen Tiger streichelt! Man kann gegen den drohenden Ausbruch eines Krieges nur erfolgreich kämpfen, indem man dem Imperialismus Schlag auf Schlag versetzt. Genosse Enver Hoxha betont: **„Der Marxismus-Leninismus lehrt uns, daß man den Imperialismus und die Kriegstreiber durch die revolutionären und Befreiungskämpfe der Völker schwächen muß. Wenn der imperialistische Aggressionskrieg nicht aufzuhalten ist, so ist es die Aufgabe der Revolutionäre und des Proletariats, ihn in einen Befreiungskampf zu verwandeln."** Deshalb kann es angesichts der gegenwärtigen Lage auf der Welt für jeden Revolutionär, für jeden Marxisten-Leninisten nur eine Schlußfolgerung geben: **„Das Proletariat und die revolutionären Kräfte leiten aus dieser Situation, wie der Marxismus-Leninismus lehrt, die Aufgabe ab, ihren allseitigen Kampf gegen den USA-Imperialismus, den sowjetischen Sozialimperialismus und die kapitalistische und reaktionäre Bourgeoisie, den Kampf für die Vertiefung der zwischen ihren Feinden bestehenden Meinungsverschiedenheiten und Widersprüche zu verstärken. Man darf den Feinden keine Ruhe lassen, damit sie nicht die Muße haben, Vereinbarungen einzugehen, die Kräfte zu gruppieren, um sich zu organisieren und die Revolution, den Sozialismus und die Völker mit neuen Kräften zu bekämpfen. Den Interessen der Revolution, des Sozialismus und der Völker treu, wird unsere Partei das Proletariat und die Völker unterstützen, die gegen die beiden Supermächte und für ihre Zerschlagung, gegen die kapitalistische und revisionistische Bourgeoisie und für ihren Sturz sind."**

Ausgehend von den grundlegenden Aufgaben, die unsere Epoche des Imperialismus und das Zeitalter der proletarischen Revolution, stellt, gibt es nur eine Kraft, die die revolutionären Kämpfe in jedem einzelnen Land und auf der ganzen Welt konsequent führen kann. Das ist das Proletariat, der Totengräber des Kapitalismus. Es ist deshalb kein Wunder, daß die Bourgeoisie, die ihre Herrschaft um jeden Preis, mit Demagogie und Gewalt, verteidigt, gemeinsam mit den Revisionisten und den Opportunisten aller Schattierungen die Hegemonie des Proletariats von allen Seiten wütend attackiert. Es ist deshalb auch kein Wunder, daß alle Angriffe auf die Hegemonie des Proletariats verbunden sind mit Angriffen auf die Diktatur des Proletariats und die gewaltsame Revolution. Diesem Ziel, die führende Rolle des Proletariats zu unterminieren, dient auch die Diskussion, die die Revisionisten gegenwärtig um den proletarischen Internationalismus entfachen. Deshalb betont Genosse Enver Hoxha: **„Der proletarische Internationalismus ist die Einheit des Denkens und Handelns des Proletariats eines jeden Landes im besonderen und des Weltproletariats im allgemeinen, um die alte kapitalistische Welt durch Gewalt zu stürzen und die Macht der Bourgeoisie bis in ihre Grundfesten zu zerschlagen, um Herr der Produktionsmittel und alles anderen zu werden, was den Kapitalisten zur Ausbeutung des Menschen durch den Menschen dient."** Deshalb hebt Genosse Enver Hoxha hervor, daß der Ruf von Marx und Engels **„Proletarier aller Länder vereinigt euch"** nach wie vor aktuell, kämpferisch und revolutionär ist und verwirklicht werden muß.

Die führende Rolle des Proletariats wird verwirklicht durch ihre marxistisch-leninistischen Vorhutparteien. Die Vereinigung der Proletarier aller Länder verwirklicht sich in der Einheit und der Zusammenarbeit der marxistisch-leninistischen Parteien. Die marxistisch-leninistischen Parteien sind deshalb der Todfeind der Bourgeoisie und des Revisionismus, die versuchen, einerseits durch Demagogie Verwirrung in ihre Reihen zu tragen und sie von den Massen zu isolieren und andererseits mit Gewalt und Terror die marxistisch-leninistischen Parteien zu zerschlagen. Gleichzeitig versucht der Weltkapitalismus und der Revisionismus, die Einheit der marxistisch-leninistischen Parteien im Weltmaßstab zu untergraben und ihre Zusammenarbeit zu verhindern.

Die weitere Festigung der Einheit der marxistisch-leninistischen Parteien und die weitere Verstärkung ihrer Zusammenarbeit ist aber absolut notwendig. Deshalb betont auch Genosse Enver Hoxha: **„Unsere Partei ist fest entschlossen, das große Prinzip der revolutionären Zusammenarbeit zwischen den marxistisch-leninistischen Parteien zu verteidigen und anzuwenden."** Darüberhinaus sieht es die Partei der Arbeit Albaniens als grundlegende Pflicht des proletarischen Internationalismus an, die marxistisch-leninistischen Parteien in ihrem Kampf an der Spitze des Proletariats und der werktätigen Massen zu unterstützen. Genosse Enver Hoxha betont: **„Die PAA bekundet die vollständige internationalistische Solidarität mit den marxistisch-leninistischen Parteien. Die Bourgeoisie und die Revisionisten möchten gerne, daß unsere Partei die neuen marxistisch-leninistischen Parteien nicht unterstützt und ihnen nicht hilft. Dazu wird es aber niemals kommen. Wie uns in der Vergangenheit die marxistisch-leninistischen Parteien und fortschrittlichen Menschen auf der Welt bei unserer nationalen Befreiung und der Errichtung der Diktatur des Proletariats unterstützt haben, ist es auch unsere Pflicht, dem Proletariat, den marxistisch-leninistischen Parteien und allen fortschrittlichen Kräften in ihrem Kampf beizustehen, damit auch ihre Völker die Freiheit und den Sozialismus erringen."**

Der Bericht des Genossen Enver Hoxha ist so eine tiefgehende marxistisch-leninistische Analyse der gegenwärtigen Situation in der Welt, die auf alle wichtigen Probleme eine prinzipienfeste und revolutionäre Antwort gibt. Deshalb, weil er sich von nichts anderem leiten läßt, als von den Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin, ist der Bericht des Genossen Enver Hoxha eine scharfe Waffe gegen alle revisionistischen und opportunistischen Theorien, die die grundlegenden Widersprüche unserer Epoche verwischen, die grundlegenden Prinzipien des Marxismus-Leninismus verdrehen und so den Siegeszug der Sache des Proletariats und des Kommunismus aufhalten und hemmen wollen. Deshalb bedeutet der Bericht des Genossen Enver Hoxha auch für die deutschen Revolutionäre, für den Kampf des deutschen Proletariats und des deutschen Volkes für ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland eine wichtige Unterstützung.

Aus aller Welt

USA

Da sich die Wirtschaftskrise weiter verschärft in den USA, verschlechtert sich die Lage der breiten werktätigen Massen ständig. Eine schwere Last für die amerikanischen Werktätigen sind die Steuern, die von Jahr zu Jahr erhöht werden. Wie aus Meldungen der amerikanischen Presse selbst hervorgeht, verschlingen die Steuern über 40% des Tageslohns der Arbeiter. Die großen kapitalistischen Gesellschaften dagegen zahlen keine Steuern. Die amerikanische Presse führte kürzlich einige dieser Gesellschaften an, darunter die „American Telephon and Telegraph Corporation", die in den letzten 10 Jahren keinerlei Steuer entrichtet hat. Auch zahlreiche andere große kapitalistische Firmen und Unternehmen finden einen Ausweg, um keine Steuern zu bezahlen, obwohl ihre Profite stets zunehmen. Die amerikanische Presse berichtet, daß verschiedene kapitalistische Unternehmen ihre Profite um 30% erhöht haben.

FINNLAND

Von einer breiten Streikwelle gegen die kapitalistische Ausbeutung und gegen die ständige Verschlechterung der Lebensbedingungen wurde in den letzten Wochen Finnland erfaßt. In mehreren Wirtschaftszweigen wurden Streiks organisiert mit der Forderung nach Lohnerhöhung, für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Wie Zeitungen in Helsinki berichteten, begannen am 2. November um Null Uhr 670 Eisenbahnschaffner einen viertägigen Streik. Sie protestierten damit gegen die Regierung, die ihre Forderung abgelehnt hatte, das Rentenalter um fünf Jahre herabzusetzen. In- und ausländische Passagier- und Güterzüge wurden nahezu vollständig durch den Streik zum Stillstand in Finnland gebracht. Der Streik wurde auch von Arbeitern in anderen Bereichen der staatlichen Eisenbahngesellschaft unterstützt. Rund 1000 städtische Angestellte in Tampere legten ihre Arbeit am 28. und 29. Oktober nieder, um ihre Forderung nach höheren Löhnen und einer Änderung des Lohnsystems zu bekräftigen. Beteiligt an dem Streik waren Arbeiter von Kraft- und Wasserwerken, Bauarbeiter und andere. Noch am 29. Oktober traten in der Stadt über 1000 Busfahrer und Transportarbeiter in Streik. Und in der Region Turku legten 400 Elektriker ihre Arbeit nieder, um höhere Löhne zu fordern.

Erst rund zwei Wochen zuvor hatten die finnischen Metallarbeiter, Werft-, Bau- und Textilarbeiter ihre Arbeit niedergelegt und erfolgreich für die Erhöhung ihrer Löhne und die Sicherung ihrer Lebensbedingungen gestreikt.

Diese breite Streikbewegung zeigt, wie die Klassenwidersprüche sich in Finnland angesichts der schweren Krise, in der sich die kapitalistische Wirtschaft Finnlands befindet, verschärfen, und wie die werktätigen Massen immer besser erkennen, daß sie nur im Kampf gegen die Bourgeoisie ihre Lebensbedingungen verteidigen können.

ISRAEL

Die Chefs des Zionisten-Regimes in Tel Aviv haben ihre Truppen und militärischen Ausrüstungen an der Grenze zum Südlibanon weiter verstärkt. Mehrere militärische Provokationen wurden von diesen Truppen in den letzten Tagen gegenüber dem Libanon angezettelt. In verschiedenen Fällen verübten die Zionisten sogar tief im Inneren des Libanon wilde Diversionsakte und gefährdeten und bedrohten das Leben der libanesischen Einwohner. Einige israelische Militärstreifen führten außerdem militärische Operationen in den libanesischen Grenzdörfern durch.

Zugleich weilten dieser Tage in Israel Abgesandte des US-Imperialismus. Sie führten Besprechungen mit dem Tel Aviver Zionisten-Regime, bei denen die weitere Modernisierung der zionistischen Militärmaschinerie im Mittelpunkt stand. Sämtliche Forderungen der zionistischen Führung, ihre Militärmaschine durch neue Ausrüstungen zu verstärken und dabei auch Atomreaktoren zu liefern, wurden von den amerikanischen Abgesandten entgegenkommend zur Kenntnis genommen. Aus diesem Anlaß verkündeten die Vertreter des US-Imperialismus abermals ihre Bereitschaft, Israel mit modernsten Rüstungsgütern zu versorgen. Die amerikanischen Senatoren reisten aus Israel mit dem Versprechen ab, ihr zionistisches Werkzeug im Nahen Osten zu jeder Zeit und uneingeschränkt unterstützen zu wollen.

OSTTIMOR

Dieser Tage lieferten die Befreiungskräfte von Osttimor den indonesischen Aggressoren heftige Schlachten. In dem Raum Muktar Subi töteten die Befreiungskräfte bei einem Angriff 20 indonesische Soldaten. In den letzten Tagen befreiten sie auch die Dörfer Forogim und Tujam. Bei den Kämpfen erbeuteten sie große Mengen Heeresausrüstungen von den Besatzungstruppen.

KAMPUCHEA

Wie Radio Kampuchea berichtet, nehmen in ganz Kambodscha die Kommandeure und Soldaten der revolutionären Armee an der landwirtschaftlichen Produktion teil. Die Kommandeure und Soldaten, die auf drei Staatsfarmen in Phnom Thon, Cham Pak und Boen Pring stationiert sind, haben viele Bewässerungsanlagen gebaut, die Zehntausende Hektar Land mit Wasser während der Trockenperiode bewässern können. Als Ergebnis konnte eine größere Aussaat vorgenommen werden und eine reiche Ernte an Frühreis eingebracht werden. Jetzt sind die Soldaten darangegangen, die Feldarbeit zu verbessern, um eine bessere Ernte beim Spätreis zu erzielen.

Es wird auch berichtet, daß die Soldaten, die eng mit den Bauern und der Bevölkerung der Gebiete zusammenarbeiten, vielerorts Häuser, Krankenhäuser und Schulen errichteten. Auf diese Weise werden die Verbindungen zwischen der revolutionären Armee und dem Volk immer enger geschmiedet.

SCHWEDEN

Anfang November traten in Schweden 25000 Schüler von 75 schwedischen Oberschulen und technischen Schulen gegen das vorherrschende Stufensystem in einen Proteststreik. Die Schüler verließen ihre Klassenräume und führten Versammlungen und Demonstrationen durch. Ihr Kampf richtet sich gegen die Schulbürokratie, von der sie die Abschaffung des Stufensystems fordern. Die streikenden Schüler brachten ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, nicht eher ihren Kampf aufzugeben, bis sie ihre Ziele erreicht haben.

KOLUMBIEN

Ende Oktober fanden in Kolumbien eine Anzahl Streiks statt, durch die die breiten werktätigen Massen ihren entschlossenen Protest gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung zum Ausdruck brachten. Im Streikkampf standen einige tausend Arbeiter der öffentlichen Dienste, des Bauwesens und andere. Ebenfalls mehrere tausend Werktätige des Gesundheitswesens führten einen mehrtägigen Streik durch.

PALÄSTINA

Am 3. November wurde, wie die Nachrichtenagentur des palästinensischen Volkes, „wafa", berichtet, in einem Palästinenserlager im Libanon auf einer Feier die Gründung der ersten palästinensischen Frauenkompanie begeistert begrüßt.

Ein Sprecher der Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation betonte, daß die palästinensischen Frauen damit auch auf dem Schlachtfeld eine wichtige Rolle einnehmen werden. „Die Gründung der ersten palästinensischen Frauenkompanie", sagte er, „hat aufgeräumt mit den altmodischen Ansichten, die nicht an die großen Fähigkeiten der Frauen glauben." „Jeder Palästinenser sollte sich darüber freuen, daß unsere Schwestern die Waffe in die Hand genommen haben." Im Anschluß an die herzliche Begrüßung durch die Teilnehmer der Feier führten die Kämpferinnen der Frauenkompanie militärische Übungen vor.

EKUADOR

Die brutale Ausbeutung durch die einheimischen und ausländischen Eigentümer wird von den Arbeitern Ekuadors mit Klassenkampf beantwortet. Anfang November traten in Ekuador die Arbeiter der großen amerikanischen Erdölgesellschaft „Texaco Petroleum Company" in den Ausstand. Den Streikenden schlossen sich einige Tausend Arbeiter der anderen ausländischen Gesellschaften an, die die Erdölvorkommen dieses Landes kontrollieren. Die Forderungen der ekuadorianischen Arbeiter haben den wirtschaftlichen Rahmen gesprengt. Neben höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen verlangen die Streikenden, daß die reichen Naturvorkommen ihres Landes nicht mehr Gegenstand der Plünderung durch die ausländischen kapitalistischen Gesellschaften sein sollen. Wie aus der Erklärung eines Sprechers der Streikenden hervorgeht, haben die Arbeiter beschlossen, ihren gerechten Kampf zu Ende zu führen, trotz der ständigen Drohungen und Erpressungen durch die kapitalistischen Eigentümer.

Breschnew-Besuch in Jugoslawien und Rumänien

Hinter Freundschaftsbeteuerungen aggressive Absichten

Vor einer Woche startete Kremlführer Breschnew zusammen mit seinem Außenminister Gromyko und dem Ressortchef Katuschew, der für die Vasallenländer Moskaus zuständig ist, eine Reise auf den Balkan, um dort die Anwesenheit und Macht des russischen Sozialimperialismus unter Beweis zu stellen und den Einfluß des russischen Sozialimperialismus zu erweitern. Als erstes fuhr Breschnew nach Jugoslawien zu Verhandlungen mit den Tito-Revisionisten und anschließend nach Rumämien, wo er demonstrativ eine Tagung der revisionistischen Staats- und Parteiführer des Warschauer Paktes einberief.

Schon seit langem bemühen sich die russischen Sozialimperialisten, im Balkanraum fester Fuß zu fassen. Sie haben in diesem Gebiet ihre Aktivitäten, ihre Subversion und Aggression ständig verstärkt. Über die Absichten der russischen Sozialimperialisten auf dem Balkan sagte Genosse Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens: *„Die Sowjetunion verfolgt offen expansionistische Ziele, besonders auf dem Balkan und im Mittelmeer. Hegemonistische Absichten hegt sie nicht nur Rumänien gegenüber, sondern auch der Türkei, Jugoslawien, Griechenland und Albanien gegenüber. Diese versucht sie durch Aggression und Subversion zu verwirklichen."*

Neben dem Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei, in den sich die russischen Sozialimperialisten ständig ungebeten einmischen, um davon zu profitieren, erhoffen sich die russischen Sozialimperialisten vor allem ihren Einfluß auf dem Balkan dadurch zu erhöhen, indem sie Jugoslawien wie auch Rumänien stärker ihrer Kontrolle zu unterwerfen suchen. Der Trick, dessen sich die russischen Sozialimperialisten dabei in jüngster Zeit vor allem bedienen, ist, daß sie in Worten diesen beiden Ländern, die in einem gewissen Widerspruch zur sozialimperialistischen Hegemoniepolitik stehen, zwar mehr oder weniger „Eigenständigkeit", „eigene Auffassungen" usw. zubilligen, tatsächlich aber sich immer breitere Grundlagen schaffen, um diese Länder zu knebeln und an sich zu fesseln. Dies geschieht vor allem über die berüchtigte „Zusammenarbeit", die auf wirtschaftlichem Gebiet die betroffenen Länder in Abhängigkeit von den russischen Sozialimperialisten bringen soll. So haben die russischen Sozialimperialisten in den letzten Jahren das Handelsvolumen mit Jugoslawien drastisch erhöht: Betrug es 1971 noch 450 Mio. Dollar, so soll es in diesem Jahr voraussichtlich 2,3 Mrd. Dollar betragen. Wenn die Kremlzaren jetzt in ihrer Zeitung „Iswestija" schreiben, daß der jetzige Besuch Breschnews „neue Horizonte der Freundschaft und Kooperation" eröffnen werde, so steckt dahinter die Hoffnung, Jugoslawien fester in den Griff zu bekommen. Selbst die jugoslawischen Revisionisten machen keinen Hehl daraus, daß sie sich durch die russischen Sozialimperialisten bedroht fühlen. Angesichts dessen ist es die Reaktion eines ertappten Diebes, wenn Breschnew dementiert, daß das Verhältnis zwischen Jugoslawien und Moskau wie das zwischen Rotkäppchen und dem blutrünstigen Wolf sei.

Die Breschnew-Reise nach Jugoslawien hat nicht nur die expansionistischen Ziele der russischen Sozialimperialisten deutlich gezeigt, sondern auch ein bezeichnendes Licht auf die jugoslawischen Revisionisten geworfen. Mit viel Lärm behaupten sie von sich, ein „blockfreies Land" zu sein. Tatsächlich gehören sie weder der Nato noch dem Warschauer Pakt an. Aber heißt das bereits, daß Jugoslawien nicht auf diese oder jene Weise mit der einen wie der andern Supermacht verbunden ist? Genosse Enver Hoxha hat auf dem 7. Parteitag der PAA darauf hingewiesen, daß Begriffe wie „blockfreie Länder" oder „dritte Welt" usw. den realen Zustand der meisten dieser Länder verschleiern, *„die auf diese oder jene Weise politisch, ideologisch und ökonomisch sowohl an die Supermächte als auch an die einstigen Kolonialmächte gebunden und von ihnen abhängig sind."* Das trifft auch auf die jugoslawischen Revisionisten zu.

Auf der einen Seite sind sie mit der amerikanischen Supermacht verbunden, deren Monopole gemeinsam mit den jugoslawischen Revisionisten die Werktätigen Jugoslawiens ausbeuten. Auf der anderen Seite weiten sie die Wirtschaftsbeziehungen mit den russischen Sozialimperialisten immer mehr aus. Es ist eine Tatsache, daß die jugoslawischen Revisionisten so weit abgewirtschaftet haben, daß sie die Werktätigen des Landes als „Gastarbeiter" in andere Länder verkaufen. Die kapitalistische Wirtschaft Jugoslawiens ist von einer derart schweren Krise erfaßt, daß ohne die Finanzspritzen der Supermächte die jugoslawische Revisionistenclique sich kaum einen Tag lang über Wasser halten könnte.

Auch wenn Jugoslawien nicht der Nato oder dem Warschauer Pakt angegliedert ist, so ist es dennoch nicht im Besitz seiner vollständigen Unabhängigkeit, weil die jugoslawischen Revisionisten diese für Dollarkredite an die USA, für Rubelkredite an den russischen Sozialimperialismus und für DM-Kredite an die westdeutschen Imperialisten verschachert haben. Was es in Wirklichkeit mit der lautstark erklärten „Blockfreiheit" Jugoslawiens auf sich hat, zeigte sich gerade jetzt wieder, als Tito strahlend Breschnew als Vertreter des russischen Sozialimperialismus begrüßte und die Zusammenarbeit mit ihm pries. Und es zeigte sich auch darin, wie die Tito-Revisionisten den Abrüstungsbetrug dieser waffenstarrenden Supermacht während des Breschnew-Besuchs besonders unterstützten.

Neben den jugoslawischen Revisionisten möchten am liebsten auch die rumänischen als „blockfrei" gelten. Zweifellos sind innerhalb des Warschauer Paktes und des RGW die Widersprüche zwischen Rumänien und den Kremlzaren mit am schärfsten. So hat der jetzige Besuch Breschnews in Rumänien sowie die Einberufung der revisionistischen Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten nach Bukarest den Zweck, daß die Kremlzaren in Rumänien „Flagge zeigen" und die Zugehörigkeit Rumäniens zum Herrschaftsbereich des russischen Sozialimperialismus bekräftigen. Rumänien ist so wenig „blockfrei" wie sozialistisch. Es ist nach wie vor ein Bestandteil des aggressiven Warschauer Paktes und des RGW und unterliegt dem Diktat Moskaus.

Mögen die Widersprüche zwischen dem russischen Sozialimperialismus auf der einen und Jugoslawien sowie Rumänien auf der anderen Seite scharf sein. Es sind dennoch lediglich Widersprüche zwischen dem Imperialismus und Sozialimperialismus und ihren Verbündeten. Von einer antiimperialistischen Haltung der jugoslawischen und rumänischen Revisionisten kann jedenfalls keine Rede sein.

Genosse Enver Hoxha zeigte in einer Rede 1974, wo die Trennungslinie für die wirklich antiimperialistischen und fortschrittlichen Staaten im Kampf gegen die Supermächte liegt, als er die Frage aufgriff: *„Wie muß man kämpfen? Mit Botschaften, Glückwunschtelegrammen und Grüßen an diejenigen, die einem das Grab schaufeln wollen? In die Büros der amerikanischen imperialistischen Henker Blumen werfen? Von den Supermächten versklavende Kredite fordern, und annehmen und dann behaupten, gegen sie zu kämpfen? Nein, diese Lüge und diese Demagogie schluckt niemand. Um eine richtige und realistische Politik gegenüber seinem Land und gegenüber anderen Ländern zu machen, muß man sich zunächst von allen Komplotten befreien, die die imperialistischen Supermächte und ihre Agenten geschaffen haben und immer noch schaffen."*

Die Politik der jugoslawischen wie auch der rumänischen Revisionisten aber ist keineswegs darauf ausgerichtet, sich aus den Fängen und Komplotten der Supermächte zu lösen, sondern sich immer mehr darin zu verstricken, indem sie versuchen, sich mit Hilfe der einen Supermacht von der anderen zu lösen.

Es kann nicht die Perspektive des Proletariats und der Marxisten-Leninisten sein, auf diese revisionistischen Bourgeoisien, die in den Klauen der beiden Supermächte stecken, die Hoffnungen im Kampf gegen die hegemonistischen Absichten und Ziele des russischen Sozialimperialismus auf dem Balkan zu richten. Auch für die Balkanländer gilt, daß die breiten Volksmassen mit dem Proletariat an der Spitze die einzig revolutionäre Kraft sind, die imstande ist, im Kampf für den Sturz der eigenen Bourgeoisie und im Kampf gegen die Vorherrschaftspläne der beiden Supermächte die soziale wie die nationale Frage zu lösen.

Das leuchtendste Beispiel dafür ist die Diktatur des Proletariats in der Volksrepublik Albanien unter der Führung der wahrhaft marxistisch-leninistischen Partei der Arbeit Albaniens. Nach Albanien wird weder ein Breschnew noch ein Carter zum Schacher hinter verschlossenen Türen geladen. Sondern die Volksrepublik Albanien führt auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus, der engsten Verbundenheit mit dem Kampf der Völker der Welt eine prinzipienfeste Außenpolitik, die für die Völker der Welt und das internationale Proletariat eine außerordentliche Unterstützung in ihrem Kampf darstellt. Genosse Enver Hoxha bekräftigte diese prinzipienfeste Politik der Volksrepublik Albanien noch einmal auf dem 7. Parteitag: *„Die Partei der Arbeit Albaniens und das albanische Volk werden konsequent an ihrer marxistisch-leninistischen Linie festhalten, sie waren und sind gegen die beiden Supermächte, gegen den imperialistischen Raubkrieg, gegen die Monopolbourgeoisie und die Weltreaktion. Daher werden sie auch in Zukunft ihre Kräfte nicht schonen, gemeinsam mit den anderen antiimperialistischen und antisozialimperialistischen Völkern, zusammen mit allen marxistisch-leninistischen Parteien, allen Revolutionären und dem Weltproletariat, mit allen fortschrittlichen Menschen dafür kämpfen, daß die Pläne und Manöver der Feinde scheitern und die Sache der Freiheit und die Sicherheit der Völker triumphiert. Unser Land wird sich in jedem Augenblick an der Seite all jener Völker befinden, deren Freiheit und Unabhängigkeit bedroht sind und deren Recht verletzt wird."*

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

2. Parteitag der Kommunistischen Arbeiterpartei Norwegens/ML

Wir freuen uns über den erfolgreichen 2. Parteitag der Kommunistischen Arbeiterpartei Norwegens/Marxisten-Leninisten (KAP/ML), der vom 11. bis 15. November stattgefunden hat. Unsere Partei hat zu diesem für unsere Bruderpartei so wichtigen und bedeutsamen Ereignis eine Grußadresse geschickt, in der sie die Verbundenheit unseres Kampfes und die Verbundenheit unserer Parteien, die auf dem Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Internationalismus beruht, betont.

In einem Kommunique des ZK der KAP/ML wird auf die großen Erfolge dieses 2. Parteitags eingegangen. Die KAP/ML hat ein neues Programm verabschiedet und das Programm für die lappische Nation, das auf dem 1. Parteitag 1973 verabschiedet worden war, bekräftigt. Es wurde außerdem ein neues verbessertes Statut verabschiedet. Der Parteitag wählte ein neues ZK, auf dessen konstituierender Sitzung der Genosse Pal Steigan zum Vorsitzenden der Partei wiedergewählt wurde.



Zum Programm heißt es: Das Programm basiert auf dem Marxismus-Leninismus und den Maotsetungideen und wird den Kampf gegen die Sozialdemokratie und den modernen Revisionismus verstärken. Es enthält eine Klassenanalyse der norwegischen Gesellschaft, die zeigt, daß der Hauptwiderspruch in Norwegen der zwischen Proletariat und Bourgeoisie ist und daß das Proletariat und das werktätige Volk die sozialistische Revolution durchführen und die Diktatur des Proletariats errichten müssen. Das Programm betont, daß die zwei imperialistischen Supermächte, der russische Sozialimperialismus und der US-Imperialismus, die gemeinsamen Hauptfeinde der Völker der Welt sind. Die Gefahr eines durch die zwei Supermächte entfesselten Weltkriegs wächst und damit die Gefahr, daß Norwegen in ein Schlachtfeld verwandelt wird. Das Programm stellt fest, daß wenn die zwei Supermächte einen imperialistischen Weltkrieg vom Zaun brechen, die Arbeiterklasse und das norwegische Volk mit einem nationalen, revolutionären Volkskrieg gegen den Imperialismus antworten muß. Die Arbeiterklasse und die Kommunisten dürfen sich weder im Kampf gegen die eine Supermacht auf die andere stützen noch auf die norwegische Bourgeoisie, sondern sie müssen ihr Land aus eigener Kraft befreien. Die Partei wird mit dem Ziel kämpfen, daß ein Sieg in solch einem Befreiungskrieg zum Sieg der sozialistischen Revolution in Norwegen wird.

Der Parteitag analysierte die Arbeit der Partei und des Zentralkomitees und nahm den Rechenschaftsbericht des ZK für die Zeit seit dem 1. Parteitag von 1973 an. Der Rechenschaftsbericht beginnt mit einer Analyse der Entwicklung der internationalen Situation, der Fortschritte der Revolution und der Befreiungsbewegungen und der verschärften Rivalität zwischen den beiden Supermächten. Er stellt die Tatsache heraus, daß die Bedrohung Norwegens durch die beiden Supermächte wächst. Der Bericht analysiert dann die Entwicklung des Klassenkampfes in Norwegen und zeigt dessen Verschärfung in den letzten Jahren auf. Er stellt fest, daß der Kampf gegen den modernen Revisionismus und die Sozialdemokratie notwendig ist, damit die Arbeiterklasse dem Einfluß der Arbeiteraristokratie entzogen wird, die das Monopolkapital und den Imperialismus unterstützt. Die Ereignisse der letzten Jahre zeigen, daß die Arbeiterklasse den Kampf gegen die Politik der Klassenzusammenarbeit aufgenommen hat. Jedoch haben die Arbeiteraristokratie, die Sozialdemokratie und der moderne Revisionismus weiterhin eine starke Position in Norwegen und deshalb ist der Kampf gegen sie vorrangig.

Der Rechenschaftsbericht stellt weiter heraus, daß sich die KAP/ML seit ihrer Gründung vor beinahe vier Jahren ausgezeichnet entwickelt hat. Sie hat sich politisch gefestigt, ihre Mitglieder sind geschult und haben ihre Kenntnis des Marxismus-Leninismus verbessert. Die Partei hat an vielen wichtigen Klassenkämpfen teilgenommen und eine führende Rolle in den Kämpfen der Arbeiterklasse und im antiimperialistischen Kampf gespielt und den schweren Angriffen standgehalten. Die Partei hat ihren Einfluß vergrößert, hat sich tief im Proletariat verankert, ihre Klassenzusammensetzung verbessert und ist ständig gewachsen. Alle Erfolge wurden im scharfen Kampf gegen Opportunismus und Revisionismus innerhalb und außerhalb der Partei erreicht.

Der Rechenschaftsbericht analysierte auch die anstehenden Aufgaben der Partei. Er stellt heraus, daß die Verschärfung des Klassenkampfes in Norwegen, die Bedrohung durch die Supermächte und die Gefahr eines neuen Weltkrieges mehr und mehr von der Partei verlangen. Die KAP/ML muß weitere Fortschritte bei der Verankerung unter dem Proletariat machen und ihre Anstrengungen bei der Arbeit unter der relativ starken revolutionären Jugendbewegung verstärken. Die Partei muß ihre Massenarbeit verstärken und ihre Massenlinie verbessern. Sie muß den Klassenkampf, den Kampf gegen den Imperialismus verstärken sowie den Kampf gegen Revisionismus und Opportunismus. Es ist von besonders großer Bedeutung, daß die gesamte Partei und alle Revolutionäre die Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung studieren sowie die Dokumente der Partei. Der 2. Parteitag der KAP/ML erhielt begeisterte Grußadressen von den Jugendorganisationen der Partei, der Roten Jugend Norwegens und des Kommunistischen Studentenbundes Norwegens, die das Vertrauen der jungen Kommunisten in die Partei ausdrückten und daß sich die Jugend von ganzem Herzen auf die Führung durch die Partei stützt.



1. Mai Demonstration der KAP/ML

Der 2. Parteitag der KAP/ML fand im Geist des proletarischen Internationalismus und der engen Beziehungen der Partei mit der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung statt. **Der Parteitag wurde mit einer Schweigeminute zu Ehren des Genossen Mao Tsetung eröffnet, des größten Marxisten-Leninisten unserer Zeit und großen Lehrers der KAP/ML. So drückten die Delegierten ihre tiefe Achtung vor Genossen Mao Tsetung aus und die enge Verbundenheit der KAP/ML zur Partei Genossen Mao Tsetungs, der KP Chinas. Der Parteitag nahm stehend, mit großer Begeisterung, die herzlichen Grüße des ZK der Partei der Arbeit Albaniens an die KAP/ML entgegen, die von dem großen Marxisten-Leninisten Genossen Enver Hoxha unterzeichnet waren. In dieser Grußadresse drückt das ZK der PAA seine volle Unterstützung der Linie der KAP/ML aus. Das zeigt die ausgezeichnete und enge Verbundenheit zwischen der KAP/ML und der PAA.**

Der Parteitag hat auch viele andere Grußadressen von marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen und Befreiungsbewegungen der ganzen Welt erhalten.

Die KAP/ML betonte, daß sie immer am proletarischen Internationalismus festhalten wird und noch mehr tun wird, um die revolutionären Kämpfe der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker zu unterstützen. Die KAP/ML wird verstärkte Anstrengungen unternehmen, die wirklich sozialistischen Länder zu unterstützen und ihre Verbindungen zur marxistisch-leninistischen Weltbewegung zu stärken.

Smith-Rassisten überfielen Mosambik

Mit der Verzweiflung eines zum Untergang Verurteilten geht das rassistische Smith-Regime in Rhodesien immer brutaler gegen den erfolgreich geführten bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Simbabwe vor. Jeder offene Protest gegen das faschistische Regime wird von der Rassistenregierung und ihren Bütteln schwer bestraft: Tausende Menschen sind in Gefängnisse geworfen worden, täglich werden Menschen barbarisch von der rassistischen Soldateska ermordet, weil sie gegen das rassistische Regime in irgendeiner Weise aufgetreten sind. Zugleich hat das Smith-Regime seine Überfälle auf das Nachbarland Mosambik verstärkt. Keine Woche vergeht, ohne daß schwer bewaffnete Banden in Mosambik einfallen und die Bevölkerung abschlachten, um auf diese Weise blutige Rache für die gerechte Unterstützung der Befreiungskämpfer des Volkes von Simbabwe zu nehmen.

Der schwerste Überfall auf das Nachbarland Mosambik fand Anfang dieses Monats statt, als Truppen des Rassisten-Regimes mit Panzern, Bombenflugzeugen und Bodentruppen in die Provinz Tete und die Provinz Gaza gewaltsam eindrangen. Mit äußerster Brutalität metzelten sie jeden nieder, der ihnen begegnete. Frauen und Kinder wurden kaltblütig abgeschlachtet. Keine zehn Tage später begingen die Truppen des Rassisten-Regimes erneut eine Aggression gegen Mosambik. Sie unternahmen den vergeblichen Versuch, die Eisenbahnlinie zwischen Chicualacuala und der mosambikischen Hauptstadt Maputo zu unterbrechen und einen Zug zu stürmen. Doch sie wurden von der Armee und der Miliz Mosambiks zurückgeschlagen und mußten in Panik fliehen.

Hofften die Rassisten mit ihren Überfällen die Solidarität der afrikanischen Staaten und Völker mit den Befreiungskämpfern in Simbabwe durch Einschüchterung verhindern zu können, so haben diese Verbrecher in der Tat das genaue Gegenteil erzielt: Immer mehr afrikanische Staaten erklären ihre Unterstützung für die Kämpfer von Simbabwe und verurteilen entschieden die barbarischen Aggressionsakte sowie die blutige Unterdrückerherrschaft des rassistischen Ian Smith-Regimes. Das Smith-Regime ist dadurch noch schärfer isoliert und seinem Untergang einen großen Schritt entgegengeeilt.

Unterstützung erhält dieses blutrünstige Rassisten-Regime nur von den reaktionärsten Kräften der Welt. So waren es, wie die Zeitung „Die Welt" berichtet, die US-Imperialisten, die das Smith-Regime zu den Aggressionen gegen Mosambik anstifteten. Bereits im September hätten US-Diplomaten die Rassisten aufgestachelt: „Warum habt ihr beim August-Angriff auf Guerillabasen in Mosambik nicht gleich alle Stützpunkte zerschlagen! Dann hätte der Kissinger-Plan eine bessere Chance."

Was aber kann deutlicher als diese brutalen Aggressionen gegen Mosambik auf Anraten der US-Imperialisten zeigen, daß der Plan Kissingers, der sich den Anschein gibt, als Vermittler aufzutreten, allein eines zu erreichen sucht: den Befreiungskampf des Volkes von Simbabwe zu ersticken, mit Blut und Terror das Rassistenregime am Leben zu erhalten. Ebenso haben die Aggressionen auf das Gebiet von Mosambik wie vor allem auch der Terror, den die Rassisten in Simbabwe entfalten, gezeigt, daß das Smith-Regime die Genfer Konferenz lediglich zu einem Zweck führt: um Zeit zu gewinnen, die von dem Kampf der Befreiungskräfte Simbabwes schwer angeschlagenen rassistischen Truppen und Kräfte zu konsolidieren und eine noch blutigere Offensive zu starten.

Doch trotz blutigem Terror, trotz wilder Aggressionen geht das Smith-Regime seinem Untergang immer schneller entgegen. Die Befreiungskräfte des Volkes von Simbabwe erstarken in ihrem bewaffneten Kampf unaufhörlich. Sie haben auf einer breiten Front im Innern des Landes inzwischen eine große Offensive gegen den Feind eröffnet, die die Rassisten in vielen Gebieten zum Rückzug gezwungen hat. Das Vorgehen des rassistischen Smith-Regimes wird ihren Sieg nicht verhindern können.

HÖRT RADIO TIRANA!

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	32 m und 41 m (KW)
6.00 - 6.30	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
21.30-22.00	41m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW)

32 m entspricht	9,26 MHz (KW)
41 m entspricht	7,30 MHz (KW)
50 m entspricht	5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca.	1400 KHz (MW)



Seit mehr als 12 Jahren strahlt Radio Tirana seine deutschsprachigen Sendungen aus. Damals wie heute ist es die revolutionäre Stimme des einzigen sozialistischen Senders in Europa, der uns, wie besonders auch den unter illegalen Bedingungen des Sozialfaschismus kämpfenden Genossen unserer Partei und revolutionären Arbeitern in der DDR, täglich den Weg weist, die kapitalistisch-revisionistische Welt geißelt, die größten internationalen Ausbeuter, Unterdrücker und Kriegstreiber, den US-Imperialismus und russischen Sozialimperialismus, entlarvt und den Fortschritt und die Siege der marxistisch-leninistischen Bewegung, der revolutionären Kämpfe der Arbeiter und unterdrückten Völker in aller Welt propagiert und die Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus gegen die revisionistischen Verdrehungen und Entstellungen verteidigt und verbreitet.

500 Verletzte und 150 Festnahmen in Brokdorf

Fortsetzung von Seite 1

Bilanz des Polizeiterrors

Daß Bernds Verletzung kein Unglücksfall und keineswegs zufällig ist, beweisen die Tatsachen und Augenzeugenberichte, die die Bürgerinitiative gegen das KKW Brokdorf kürzlich auf einer Pressekonferenz vorlegte. Dies ist die vorläufige Bilanz des Polizeiterrors:

Nach der Demonstration mußten in der fliegenden Sanitätsstation der Bürgerinitiative sowie im Krankenhaus „Mencke-Stift" in Wilster insgesamt 1 000 Demonstranten ärztlich behandelt werden. 500 davon werden als Verletzte registriert. Darunter 12 Schwerverletzte. 50 ernstlich durch Augen- und Hautverätzungen sowie Kreislauf-Geschädigte durch den Gaseinsatz. Ebenfalls 50 Verletzte infolge von Steinwürfen und Knüppelschlägen der Polizei, darunter 3 Schädelbrüche, 3 Wirbelsäulenverletzungen und 10 schwere Gehirnerschütterungen.

Der Bürgerinitiative liegen bereits 80 Berichte von Verhaftungen vor. Sie schätzt die Gesamtzahl auf 150 bis 200. Laufend gehen von der Staatsanwaltschaft Strafanzeigen gegen die Verhafteten ein: wegen „Landfriedensbruch". Auf der Pressekonferenz wurden zahlreiche Augenzeugenberichte von der unvorstellbaren Brutalität der Polizei und des BGS vorgelegt.

So berichtete ein Sanitäter sinngemäß: *„Ich befand mich auf freiem Feld, allein, bestimmt 150 Meter von jeder Menschenansammlung entfernt. Ich versuchte einen Schwerverletzten zu bergen, der infolge eines Steinwurfs bewußtlos auf dem Boden lag. In diesem Moment wurde ich von einem Hubschrauber angegriffen. Er ging direkt über mir bis auf 20 Meter herab und beschoß mich mit Tränengasgranaten. Dieser Angriff war völlig sinnlos. Aber er hinderte mich, den Schwerverletzten zu bergen."*

Ein Demonstrant erzählt: *„Wir waren 200, auf dem Weg nach Hause, in Richtung Wewelsfleeth. Eine starke Polizeitruppe stoppte uns. Sie zwangen uns umzukehren. Aber in unserem Rücken hatten sie schon Wasserwerfer aufgefahren. Wir wurden in die Zange genommen und die ganze Gruppe niedergeknüppelt..."*

Zusammengefaßt berichtet ein Jugendlicher: *„Wir waren 8 Jungen und Mädchen. Da wir nachts nicht mehr nach Hause konnten, übernachteten wir in einem Zelt auf einer Wiese, die ein Bauer Demonstranten dafür zur Verfügung gestellt hatte. Wir saßen noch am Lagerfeuer, um uns zu wärmen. Es war 2.30 Uhr in der Nacht, als wir von 30 Mann BGS überfallen wurden. Sie stießen unsere Sachen mit Füßen auseinander und rissen das Zelt ein. Mit Tritten zwangen sie uns aufzustehen. Unsere Kleider und Schuhe durften wir nicht anziehen. Es war bitterkalt. Dann mußten wir uns auf den Bauch in den eiskalten, lehmigen Matsch legen und liegenbleiben, während man uns durchsuchte..."*



Genosse Bernd Woitalla, Roter Betriebsrat bei HDW in Kiel, schwebt in Lebensgefahr. Durch einen gezielten Steinwurf eines Polizisten wurde ihm der Schädel zertrümmert, so daß Knochensplitter, Haare und Sand in sein Gehirn drangen und es verletzten. Mehrfach hat er sein Bewußtsein verloren und ist nicht in der Lage, richtig zu sprechen.

Kampfentschlossenheit ungebrochen

Wie schon vor der Demonstration die Bauern über die ständige Bespitzelung und Durchsuchung ihrer Höfe protestiert hatten, ist auch jetzt, nach dem ersten größeren Kampf, die Bourgeoisie und der Staatsapparat verzweifelt bemüht, die Empörung und Kampfbereitschaft der Massen zu unterdrücken. Als beispielsweise die Brokdorfer Bürgerinitiative einen Ermittlungsausschuß gegen die Terrorakte der Polizei bildete und auf einem Flugblatt Augenzeugen aufforderte, sich zu melden, ließ die Polizei in der dortigen Lokalzeitung eine unverschämte Erklärung abdrucken: Sie warne alle dringend, gegenüber diesem Ausschuß irgendeine Aussage zu machen. Das habe Konsequenzen, und für Ermittlungen sei nur die Polizei zuständig!

Aber es ist mehr als fraglich, ob ihnen die Unterdrückung der Wahrheit gelingen wird. Die Tatsachen sind hartnäckig und die Zahl der Zeugen ist groß. Unter ihnen sind auch die Belegschaft und die Leitung des Wilster Krankenhauses, von deren Erfahrungen der leitende Arzt voller Empörung auf der Pressekonferenz berichtete. Unter den Verletzungen, die sie behandeln mußten, waren viele, die durch das von der Polizei verwendete Gas hervorgerufen wurden. Es handelt sich dabei um *Chloracetophon (CN)*, das aus dem ersten Weltkrieg bekannte und berüchtigte *„Gelbkreuz"*. Es ist nach der Genfer Konvention als „Kriegsgas" verboten. Man weiß, daß es mit Sicherheit krebserzeugend ist. In einer Konzentration von nur 400/1 000 Gramm pro Kubikmeter wirkt es nach 10 Minuten tödlich. Zum Vergleich: die zahllosen von der Polizei abgeschossenen Granaten enthielten jeweils 24 Gramm des Giftgases! Der zweite Schwerverletzte neben Genossen Bernd Woitalla hat soviel Giftgas eingeatmet, daß sich bei ihm das Lungengewebe entzündet hat. Das hat zu einem beginnenden Lungenödem geführt (die entzündeten Gewebeteile sondern Flüssigkeit ab, die die Lungenbläschen funktionsuntüchtig machen). Unter den Patienten waren aber auch 150 schwere Unterkühlungen – vor allem von Verhafteten, die, durch Wasserwerfer völlig durchnäßt, stundenlang auf den Polizeiwachen sitzen mußten.

Damit nicht genug, daß sie kaum des Ansturms von Patienten Herr werden konnten, so berichtete der Chefarzt des Wilster Krankenhauses, sei er persönlich ständig telefonisch von höchsten „Spitzen der Polizei" und der Oberstaatsanwaltschaft unter Druck gesetzt worden: er solle die Adressen der Patienten angeben...

„Wir werden den gleichen Weg weitergeben!"

Diese Liste ließe sich fortsetzen. Doch alles dies hat das Gegenteil von dem bewirkt, was Bourgeoisie und Polizeitruppen bezweckt hatten, und die schleswig-holsteinische Landesregierung ist in eine schwere Situation geraten. Denn der Mut und die Kampfentschlossenheit der Kämpfer gegen das KKW ist ungebrochen. *„Wir werden den gleichen Weg weitergeben wie bisher!"* erklärten sie. Die Bilanz des Polizeieinsatzes hat nur den noch größeren und gerechten Klassenhaß der werktätigen Menschen gegen die Kapitalisten und ihren Staatsapparat hervorgerufen. Die schweren Verletzungen von Genossen Bernd Woitalla und all der anderen hat noch mehr Menschen die Augen über den Charakter dieses Staates geöffnet. Das ist ein altes Gesetz des revolutionären Klassenkampfes: Für jeden Kämpfer, den die Bourgeoisie vorübergehend oder für immer aus unseren Reihen reißt, stehen viele neue auf und füllen und verstärken die Kampfreihen. Darüber müssen sich die Verantwortlichen des Bürgerkriegseinsatzes in Brokdorf klar sein: Es kommt der Tag, an dem das Volk ihnen die Rechnung präsentieren wird. Und sie werden auf Heller und Pfennig, Auge um Auge, Zahn um Zahn bezahlen müssen.



Trotz der konzentrierten Angriffe der Wasserwerfer, die ein Tränengasgemisch verschießen, beginnen erste Trupps mutiger Demonstranten, die Befestigungen des Bauplatzes beiseite zu räumen. Der Terror der Polizei hält sie vom Kampf gegen das KKW nicht ab.



Der Zorn und der revolutionäre Klassenhaß der Werktätigen auf den kapitalistischen Staatsapparat ist durch die Polizeieinsätze der letzten Wochen nur noch gewachsen. Das Bild zeigt eine Demonstration in Hannover gegen die geplante Atom-Mülldeponie in Niedersachsen. Während der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein symbolisch gehenkt wird, ist, wie man sieht, auch für den niedersächsischen Ministerpräsidenten schon ein Galgen reserviert.





links: Bei den Kampfaktionen kämpfen Kommunisten Schulter an Schulter mit mutigen Demonstranten. An ihrer Spitze die Fahne der Partei. rechts: Auch die Fischer an der Unterelbe, durch die KKW in ihrer Existenz bedroht, beteiligen sich am Kampf. Ihre Kutter haben sie zu schwimmenden Transparenten gemacht.

Parteibüros der KPD/ML:

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-12, 14-18 Uhr, Sa 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040/4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.
LV Niedersachsen, 3 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.
LV Südwest, 68 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621/37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.
LV Baden-Württemberg, 7 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr 107, Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.
LV Bayern, 8 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.
Sektion Westberlin, 1 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030/4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

51 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.
48 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungzeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.
463 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.
28 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.
41 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi u. Fr 16-18.30, Sa 10-13 Uhr.
6 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78. Tel.: 0611/43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16-18.30, Sa 9-14 Uhr.
23 Kiel 14 (Gaarden), „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431/7 47 62. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.
5 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.
24 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi, Fr 16.30-18.30, Sa. 9-14 Uhr.
44 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 11-14 Uhr.